



# Plenarprotokoll

## 87. Sitzung

Freitag, 30. Mai 2008

**Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Landesteil Schleswig....** 6407

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/2044

Antrag der Fraktionen von CDU und  
SPD  
Drucksache 16/2091

Lars Harms [SSW]..... 6407, 6414  
Johannes Callsen [CDU]..... 6409  
Thomas Hölck [SPD]..... 6410  
Dr. Heiner Garg [FDP]..... 6411, 6412  
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]..... 6412

Dietrich Austermann, Minister für  
Wissenschaft, Wirtschaft und  
Verkehr..... 6415, 6419

Karl-Martin Hentschel [BÜND-  
NIS 90/DIE GRÜNEN]..... 6417, 6419  
Bernd Schröder [SPD]..... 6418

Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags  
Drucksache 16/2044  
2. Annahme des Antrags  
Drucksache 16/2091..... 6419

### Gemeinsame Beratung

a) **Wirtschaftliche Effekte der er-  
neuerbaren Energien für  
Schleswig-Holstein.....** 6420

Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1944		<b>Verfassungsschutzbericht 2007</b> .....	6435
<b>b) Nordseekooperation - Erneuerbare Energien in Schleswig-Holstein</b> .....	6420	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1997	
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1946 (neu)		Lothar Hay, Innenminister.....	6435
Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	6420	Peter Lehnert [CDU].....	6437
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6421	Thomas Rother [SPD].....	6438
Hartmut Hamerich [CDU].....	6423, 6423	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	6439
Olaf Schulze [SPD].....	6424	Karl-Martin Hentschel [BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN].....	6441
Dr. Heiner Garg [FDP].....	6425	Anke Spoorendonk [SSW].....	6442
Lars Harms [SSW].....	6426	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	6443
Beschluss: Überweisung der Druck- sachen 16/1944 und 16/1946 (neu) an den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss zur abschlie- ßenden Beratung.....	6428	<b>Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäfts- ordnung des Schleswig-Holsteini- schen Landtags</b> .....	6443
<b>Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstif- tung Schleswig-Holstein 2006</b> .....	6428	Drucksache 16/2084	
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1971		Beschluss: Annahme.....	6443
Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss zur abschließen- den Beratung.....	6428		
<b>Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2008 - Euro- pabericht 2008</b> .....	6428	* * * *	
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1983		<b>Regierungsbank:</b>	
Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa.....	6428	Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident	
Manfred Ritzek [CDU].....	6429	Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Minis- terpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen	
Rolf Fischer [SPD].....	6431	Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	6432	Lothar Hay, Innenminister	
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6433	Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	
Anke Spoorendonk [SSW].....	6434	Rainer Wiegard, Finanzminister	
Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss zur abschließen- den Beratung.....	6435	Dietrich Austermann, Minister für Wissen- schaft, Wirtschaft und Verkehr	
		* * * *	

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung. Erkrankt sind die Abgeordneten Monika Schwalm und Jürgen Feddersen. Wir wünschen von diesem Platz aus nach wie vor gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind von der FDP die Abgeordneten Wolfgang Kubicki und Günther Hildebrand, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Angelika Birk und von der Landesregierung Ministerin Dr. Gitta Trauernicht.

Ich darf auf der Besuchertribüne sehr herzlich begrüßen Schülerinnen und Schüler und die begleitenden Lehrkräfte der Klaus-Groth-Realschule aus Heide und Mitglieder von SSW und SSF Großb. - Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

### **Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Landesteil Schleswig**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/2044

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Drucksache 16/2091

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich weise daraufhin - für die Zuhörerinnen und Zuhörer, aber auch für die Abgeordneten -, dass im Einvernehmen mit dem Ältestenrat der SSW zehn Minuten Redezeit für diesen Tagesordnungspunkt beantragt hat, alle übrigen Fraktionen fünf Minuten.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für den Antragsteller Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor einigen Wochen lautete die Überschrift in einer dänischen Tageszeitung „Danfoss lehnt Fehmarnbelt-Brücke“ ab. Nun lag dies gewiss nicht daran, dass der allseits bekannte Danfoss-Chef Clausen ein großer Gegner von Verkehrsprojekten ist oder gar ökologische Gründe für seine Gegnerschaft anführt. Nein, er fürchtet vielmehr, dass sein Unternehmen, das ja seinen Hauptsitz im

dänischen Nordborg nur wenige Kilometer nördlich von der Grenze hat, verkehrsmäßig abgehängt wird, wenn sich sowohl Deutschland als auch Dänemark zu sehr auf die Fehmarnbelt-Querung fokussieren. Ob man nur für oder gegen eine **Fehmarnbelt-Querung** ist, man muss ganz nüchtern feststellen, dass wir gerade in **Süddänemark** und im **Landesteil Schleswig** einen großen Nachholbedarf haben, wenn es um die **Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur** geht. Dabei geht das dänische Institut für Transportstudien in Pattburg in einem Gutachten davon aus, dass sich allein das **Transportaufkommen Dänemarks** bis 2025 auf etwa 120 Millionen t verdoppelt. Dies ist ein dramatischer Verkehrsanstieg, der etwas darüber aussagt, vor welchen Herausforderungen wir beim Thema Infrastruktur stehen.

Denn der weitaus größte Teil dieses Anstieges wird nach Angaben des Instituts über die **Jütlandroute** abgewickelt werden, auch wenn die Fehmarnbelt-Querung kommen sollte. Denn diese **Nord-Süd-Achse** ist immer noch für dänische Unternehmen das Tor zu Europa und für deutsche Unternehmen das Tor zu Skandinavien. Da ist es nur zu verständlich, dass die Wirtschaft im deutsch-dänischen Grenzgebiet - auf deutscher Seite denkt die IHK zu Flensburg ja ähnlich wie Herr Clausen - darauf drängt, dass der Norden nicht abgehängt wird. Dies wurde ja auch auf der gemeinsamen deutsch-dänischen Verkehrskonferenz am Montag in Pattburg sehr deutlich.

Auch die Region Sønderjylland-Schleswig sieht das Thema Verkehrsinfrastruktur als von enormer Bedeutung für die gemeinsame **deutsch-dänische Wirtschaftsregion** an. Wenn unsere Unternehmen weiter wettbewerbsfähig sein sollen und wenn die Touristen den Weg in die nördliche Region finden sollen, dann muss der Norden besser an die europäischen Verkehrsnetze angebunden werden.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-  
donk [SSW])

Dabei fühlt man sich in der Grenzregion von den Hauptstädten Berlin und Kopenhagen nicht genug beachtet, wenn es um den Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur geht.

Das ist auch der Hintergrund, dass der SSW seinen heutigen Antrag zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Landesteil Schleswig gestellt hat. Die Landesregierung darf vor lauter Begeisterung über das Jahrhundertprojekt Fehmarnbelt-Querung den nördlichen Landesteil nicht vergessen.

(Lars Harms)

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Konkret darf die **Finanzierung** der entsprechenden **Hinterlandanbindungen**, die noch nicht gesichert sind, auf deutscher Seite durch den Bund und das Land, nicht dazu führen, dass die für den Landesteil Schleswig dringend notwendigen verkehrlichen Infrastrukturmaßnahmen weiter verzögert werden.

Wir haben uns in unseren Vorschlägen an entsprechenden gleich lautenden Anträgen der Stadt Flensburg und der Kreistage Flensburg-Schleswig und Nordfriesland orientiert. Die gesamte Region spricht also hier mit einer Stimme. Wir können heute darüber abstimmen, ob wir der Region recht geben oder nicht.

Wir werden also in naher Zukunft auf beiden Seiten der Grenze **Kapazitätsprobleme** sowohl auf der **Straße** als auch auf der Schiene bekommen. So ist zum Beispiel die **E45** von Kolding bis zur Grenze nur zweispurig. Das Gleiche gilt ja auch für die **A7** bis zur Grenze, obwohl im Raum Neumünster jetzt bald der dreispurige Ausbau beginnen soll. Der SSW will, dass die gesamte Autobahnstrecke von Kolding bis Hamburg dreispurig wird.

Auch beim **Schienenverkehr** zwischen Kolding und Neumünster gibt es auf beiden Seiten der Grenze Nadelöhrprobleme. In Sønderjylland gibt es teilweise nur eine einspurige Schienentrasse, und auf deutscher Seite haben wir das ewige Nadelöhrproblem bei der Rendsburger Hochbrücke, das endlich nachhaltig gelöst werden muss. Wir meinen, man muss jetzt Nägel mit Köpfen machen und untersuchen, ob es nicht möglich ist, einen **Eisenbahntunnel** unter den **Nord-Ostsee-Kanal** zu bauen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Wir müssen dabei bedenken, dass solche Projekte eine Perspektive von 20, 25, 30 Jahren haben. Wir müssen heute damit anfangen zu planen, damit wir die Chance haben, den Verkehrsaufbau, den wir bekommen werden, entsprechend abführen zu können. Wenn wir das heute nicht machen, versäumen wir etwas für die Zukunft.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist keine Erfindung des SSW!)

- Das ist keine Erfindung des SSW, Herr Kollege, aber es ist unsere gemeinsame Erfindung in der Region.

Aber auch die **A20** mit der **westlichen Elbquerung** muss endlich in Angriff genommen werden. Uns reicht es nicht aus, dass diese erst in 2015 fertig

sein soll. Am Anfang dieser Wahlperiode hörten wir in diesem Hohen Haus noch davon, dass das Ganze 2012 abgeschlossen sein muss. Es sind also wieder drei Jahre verloren gegangen bei diesem für die Westküste so wichtigen Projekt. Das können wir einfach nicht zulassen. Wir sollten da mehr Gas geben.

Auch der Ausbau der **B5**, die Modernisierung der Bahnstrecke **Hamburg-Westerland** sowie der Ausbau der Bahnstrecke **Niebull-Tønder-Esbjerg** mit dem Ziel umsteigefreier Verbindungen sind für die Verbesserung der Infrastruktur an der Westküste äußerst wichtig.

Ich könnte hier noch viele andere Projekte aus unserem Antrag und darüber hinaus nennen. Es gibt genug sinnvolle und notwendige Verkehrsprojekte im nördlichen Landesteil, aber das führte heute doch etwas zu weit. Wichtig ist dem SSW aber das politische Signal, dass der Landtag und die Landesregierung endlich auch die Verkehrsinfrastruktur des Grenzgebietes im Auge haben und sich dabei in Berlin und Kopenhagen für diese Anliegen einsetzen.

Dabei ist es natürlich ein hoffnungsvolles Zeichen, dass die Landesregierung und die Region Süddänemark ein gemeinsames Papier unterschrieben haben, in dem sie die gemeinsam als wichtig betrachteten Verkehrsprojekte auf beiden Seiten der Grenze erwähnen. Das ist ein erster Schritt, um in dieser wichtigen Frage voranzukommen.

Natürlich ist es auch wichtig, die Maßnahmen zu koordinieren. Wenn zum Beispiel in Dänemark die E45 und die Schienenverbindung Kolding-Pattburg ausgebaut werden, nützt es wenig, wenn auf deutscher Seite nichts Dementsprechendes passiert.

Aber machen wir uns nichts vor. Es wird nicht einfach werden, die letztlich entscheidenden Verantwortlichen in den Regierungen der beiden Hauptstädte zu überzeugen. In **Dänemark** gibt es zumindest eine **Infrastrukturverkehrskommission**, die bald konkrete Vorschläge unterbreiten soll. Auf deutscher Seite haben wir das Problem, dass der **Bundesverkehrswegeplan** schon heute unterfinanziert ist. Wir haben daher immer noch die Befürchtung, dass Berlin uns sagen wird: Wenn ihr die Hinterlandanbindung zur Fehmarnbelt-Querung finanziert bekommt, dann müsst ihr mit den anderen Projekten warten. Der SSW wird daher weiter darauf drängen, die für unsere Region wichtigen Projekte voranzubringen.

Der gemeinsame Antrag von CDU und SPD geht uns nicht weit genug. Deshalb halten wir an unse-

(Lars Harms)

rem Ursprungsantrag fest, zumal dieser auch konkret die notwendigen grenzüberschreitenden Projekte benennt, die so leider nicht in dem Antrag von CDU und SPD erwähnt worden sind. Wir wollen konkret werden. Wir wollen die Projekte konkret benennen. Wir fordern die Finanzierung und die Planung entsprechend ein. Deshalb halten wir an unserem Antrag fest. Wir bitten um alternative Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge.

(Beifall beim SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Johannes Callsen das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich müsste man dem SSW für seinen Antrag zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Landesteil Schleswig dankbar sein. Lieber Herr Kollege Harms, Sie haben aber leider den falschen Ansatz gewählt und Forderungen aufgestellt, die von der Landesregierung bereits seit langem aktiv und im Ergebnis positiv bearbeitet werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Es reicht auch in einer Redezeit von zehn Minuten nicht aus, die falsche Behauptung aufzustellen, im Landesteil Schleswig würde die Verkehrsinfrastruktur nicht vorangebracht, um damit lediglich Stimmung gegen die für Schleswig-Holstein insgesamt wichtige und zukunftsgerichtete **Fehmarnbelt-Querung** zu machen. Der SSW-Antrag bietet jedoch Gelegenheit, auch die Erfolge bei der Infrastruktur im Norden zu diskutieren.

Dass der **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur** in Schleswig-Holstein und die Entwicklung unserer Wirtschaft gerade im Norden des Landes von hoher Priorität sind und von der Landesregierung mit Nachdruck verfolgt wurden, wird auch durch die Tatsache deutlich, dass im Jahr 2007 mit einem Betrag von 212 Millionen € für Straßenbauprojekte so viel Geld bereitgestellt wurde wie seit Jahren nicht mehr. Das Verkehrsministerium plant schnell und vorausschauend und nutzt alle Möglichkeiten der **Finanzierung**, um die Verkehrsanbindung des Landes weiter deutlich zu verbessern. Dass dabei gerade auch die für die Westküste und für den Norden vordringliche **A 20** mit der **Elbquerung westlich von Hamburg** im Vordergrund steht, ist doch völ-

lig klar. Es wundert mich schon ein wenig, dass der SSW dies offenbar noch nicht mitbekommen hat, denn sonst würde er dies nicht erneut fordern.

Wenn dem SSW tatsächlich an der Verbesserung der Infrastruktur im **Landesteil Schleswig** läge, dann hätte ich am Tag der Veröffentlichung zumindest eine positive Stellungnahme zu dem in der vergangenen Woche unterschriebenen **Strategiepapier** zum grenzüberschreitenden Verkehr zwischen **Schleswig-Holstein** und der **Region Syddanmark** erwartet. Diese erstmalige und weitsichtige Vereinbarung zu der Frage, wie der grenzüberschreitende Verkehr verbessert und ausgebaut werden kann, wird zwar allenthalben und insbesondere von der Wirtschaft gelobt, doch sie wird vom SSW nur mäßig begleitet.

Ich darf darauf hinweisen: Unser Antrag berücksichtigt natürlich den **grenzüberschreitenden Verkehr**, denn wir haben auf genau diese Vereinbarungen Bezug genommen. Daher möchte ich an dieser Stelle der Landesregierung mit unserem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen sowie Wirtschaftsminister Dietrich Austermann ausdrücklich dafür danken, dass sie dieses wichtige Thema zur Chefsache gemacht haben und mit konkreten Bekenntnissen und Vereinbarungen gemeinsam mit der Region Syddanmark die Verkehrsinfrastruktur im Landesteil Schleswig verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Dies geschieht übrigens nicht als **Ausgleich** für die Fehmarnbelt-Querung, sondern es geschieht, weil der Landesteil Schleswig schon aus seiner Strukturschwäche heraus einen großen Bedarf hat, durch den Ausbau der Verkehrswege seine wirtschaftliche Situation weiter zu verbessern.

Ich will an dieser Stelle gar nicht auf alle Forderungen des SSW eingehen. Wie gesagt, die im Antrag des SSW benannten **Projekte** befinden sich bei der Landesregierung bereits in der **Realisierungsphase**. Ich nenne hierzu nur ein Beispiel: Der SSW fordert, dass die Schleibrücke Lindaunis erneuert werden muss. Diese Forderung habe ich bisher vom SSW noch nicht gehört, und ich will deshalb gern daran erinnern, dass es eine Initiative von Verkehrsminister Austermann nach einem Besuch vor Ort war, diesen Verkehrsengpass zwischen den Landschaften Angeln und Schwansen zu beseitigen und gleichzeitig die Verkehrssicherheit auf der Brücke zu verbessern. Minister Austermann hat gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG entschieden, dass in Lindaunis bis 2012 eine neue Brücke gebaut werden soll.

(Johannes Callsen)

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Die Planungen sind angelaufen, und wir unterstützen dies.

Nun zum Stichwort Brücke: Die **Rendsburger Hochbrücke** ist gerade für die nächsten 30 Jahre grundsaniert worden. Natürlich muss man sich langfristig Gedanken darüber machen, wie die Verkehrsverbindung über den Nord-Ostsee-Kanal zukunftsfähiger gemacht werden kann. Wir sind dabei. Eine Entscheidung über die Art eines Ersatzbauwerks, wie sie hier jetzt gefordert wird, wäre heute und an dieser Stelle noch viel zu früh.

Lieber Kollege Harms, Sie sprechen in Ihrem Antrag auch von der Verbesserung der **Flugverbindungen** im Landesteil Schleswig. Das hat mich neugierig gemacht, denn Sie nennen keine konkreten Maßnahmen. Ich will daraus logischerweise schließen, dass der SSW damit die zivile Mitnutzung des Flugplatzes Jagel durch private Investoren unterstützt. Ich freue mich über dieses indirekte Bekenntnis ausdrücklich, weil wir hiervon für die Wirtschaft im Norden positive Impulse erwarten können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, wichtige Infrastrukturprojekte für Schleswig-Holstein und für den Landesteil Schleswig - von der A 20 mit der westlichen Elbquerung über den dreispurigen Ausbau der A 7 bis hin zur B 5 an der Westküste - werden von der Landesregierung bereits mit Nachdruck verfolgt und befinden sich in der Umsetzungsphase. Der Verkehrsminister wird dies gleich noch ergänzen. Dies sollten wir auch als Landtag unterstützen und keine Forderungen aufstellen, die - bei Licht betrachtet - längst erfüllt werden. Ich bitte daher um Zustimmung zum Antrag von CDU und SPD.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Johannes Callsen. - Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Thomas Hölck das Wort.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Position der SPD-Landtagsfraktion zur Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein ist eindeutig. Kein Landesteil darf aus verkehrstechnischer Sicht benachteiligt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt ausdrücklich, dass sich die **Region Syddanmark** und die **Landesregierung** in einer gemeinsamen **Partnerschaftserklärung** darüber verständigt haben, die Verkehrsinfrastruktur zu einem Schwerpunkt ihrer Zusammenarbeit zu machen. Leistungsfähige Verkehrsverbindungen auf beiden Seiten der Grenze sind ein wesentlicher Baustein für das Zusammenwachsen der Region. Die für die feste **Fehmarnbelt-Querung** notwendige **Hinterlandanbindung** darf und wird nicht dazu führen, dass andere Landesteile verkehrstechnisch abgehängt werden. Die Große Koalition wird die im Koalitionsvertrag vereinbarten Verkehrsinfrastruktur-Projekte umsetzen. Vereinbart haben SPD und CDU mittel- bis langfristig den **sechsstreifigen Ausbau** der A 7 bis zur **dänischen Grenze**.

Vor einem Ausbau muss jedoch der **Bedarf** erhoben werden. Dieser konnte bisher im Gegensatz zum Autobahnabschnitt zwischen Bordsesbøl und der Hamburger Stadtgrenze nicht nachgewiesen werden. Die feste Fehmarnbelt-Querung wird voraussichtlich dazu führen, dass sich die **Transitverkehre** verschieben werden. Die **Nord-Süd-Verbindung** wird durch die Verlagerung des Transitverkehrs mittelfristig eher entlastet. Ein Ausbau der A 7 in Richtung Norden, wie er vom SSW gefordert wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ökonomisch und ökologisch nicht sinnvoll. Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur - übrigens nicht nur auf der Straße - wertet die **Region** als **Gewerbestandort** und **Tourismusebene** auf. Die Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist gerade in einem Flächenland besonders abhängig von der Leistungsfähigkeit der Verkehrssysteme.

Dem **Schieneverkehr** kommt auch künftig eine hohe Bedeutung zu. Die Bahnstrecke von Hamburg über Flensburg bis Kolding, die sogenannte Jütlandlinie, ist auf deutscher Seite leistungsfähig ausgebaut. Schwierigkeiten bereitet noch die Rendsburger Hochbrücke. Mit dem Abschluss der notwendigen Sanierungsmaßnahmen ist im Jahre 2013 zu rechnen. Das ist noch lange hin, aber eine Modernisierung bei laufendem Eisenbahnbetrieb ist nun einmal aufwendig. Der Bau einer zusätzlichen **Untertunnelung des Nord-Ostsee-Kanals** muss geprüft werden, aber auch hier gilt: Die verkehrswirtschaftliche Notwendigkeit muss nachgewiesen werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Herr Kollege, ich lade Sie gern einmal nach Rendsburg ein!)

(Thomas Hölck)

- Ich komme gern, Kollege Neugebauer. Auch auf der Nord-Süd-Schienenverbindung ist nach dem Bau der festen Fehmarnbelt-Querung mit einer Verlagerung des Transitverkehrs zu rechnen. Es wurde bereits mit der Planung für den dreispurigen Ausbau der **B 5** begonnen. Der Bau der neuen Störbrücke in Itzehoe ist in Arbeit, dem vierstreifigen Lückenschluss steht nichts mehr im Wege. Wir wollen, dass der Bauentwurf für den Ausbau der **B 199** bei Handewitt erstellt und dass 2009 mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens begonnen wird. Das derzeit strukturpolitisch wichtigste Straßenbauprojekt - die **A20** - befindet sich in der planmäßigen Realisierung.

Eine **tide-unabhängige Anbindung** der Insel Amrum halten wir für sinnvoll, allerdings liegt die Zuständigkeit für die notwendigen Ausbaggerungsarbeiten beim **Bund**. Wir erwarten, dass sich die Landesregierung beim Bundesverkehrsministerium für diese Maßnahme einsetzt.

Auch bei den Schleibrücken tut sich einiges. Ein **elektronisches Stellwerk** an der **Schleibrücke** Lindanis ist in Bau. Die Erstellung eines Ersatzbauwerks ist notwendig und wird bereits geplant. Wir hoffen, dass die Fertigstellung im Jahr 2012 erfolgt.

Dass sich an der Verbesserung der Infrastruktur nichts verändert, kann nun wirklich keiner behaupten. Dazu passt auch die Meldung der „Kieler Nachrichten“ vom 29. Mai 2008 mit der Überschrift „Am Bau geht es wieder aufwärts“.

„Das schleswig-holsteinische Baugewerbe könnte die Trendwende geschafft haben. Vor allem Straßenbau, der öffentliche und der Tiefbau haben im ersten Quartal für eine gute Entwicklung der Branche gesorgt.“

Es ist überhaupt nicht zu erkennen, dass die für den Landesteil Schleswig wichtigen Verkehrsinfrastruktur-Projekte verzögert werden. Das können wir uns auch gar nicht leisten, denn es ist offensichtlich, dass Schleswig-Holstein sich auf die Zunahme und Veränderung der Verkehrsströme vorbereiten muss. Als Drehscheibe und Bindeglied im Skandinavienverkehr werden wir die Verkehrsentwicklung ökonomisch und ökologisch zukunftsfähig gestalten. Dabei darf und dabei wird der Landesteil Schleswig nicht abgehängt werden.

(Beifall bei SPD, SSW und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Thomas Hölck. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Harms, die Forderungen, die Sie hier aufstellen, sind gute Forderungen. Es sind gute Forderungen für einen Flyer im Kommunalwahlkampf. Im Kommunalwahlkampf kann eine wahlkämpfende politische Gruppierung eine Reihe von Versprechungen machen, ohne zu sagen, wie sie finanziert werden sollen. Das ist zwar nicht ganz redlich, aber im Wahlkampf auch nicht ungewöhnlich. Im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat allerdings eine solche Wunschliste ohne Finanzierungskonzept aus unserer Sicht nichts zu suchen.

Die Reaktion der Großen Koalition auf den Antrag des SSW finde ich allerdings auch nicht besonders glücklich. Denn offensichtlich sagt dieser Antrag nur, was die Landesregierung zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Landesteil Schleswig alles machen will.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ja, die wird ja nicht mehr auf die Zeit angerechnet.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Genau.

**Anke Spoorendonk [SSW]:** Lieber Kollege Garg, ich hoffe, Sie haben noch im Ohr, dass mein Kollege Lars Harms vorhin sagte, dass es auch um den Bundesverkehrswegeplan geht.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Eine Frage, bitte!

**Anke Spoorendonk [SSW]:** Und vielleicht haben Sie noch in Erinnerung, dass das, was der SSW hier aufgeschrieben hat, nicht nur eine Wunschliste ist, sondern Forderungen der Region darstellt?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Ich habe das nicht nur im Ohr, ich habe das vor allem auch im Auge, weil ich Ihren Antrag gelesen habe. Bedauerlicherweise steht in Ihrem Antrag nicht ein einziger Satz zur Finanzierung, Frau Kollegin Spoorendonk.

Wenn die Landesregierung handelt - und das ist ihre Aufgabe, denn dafür wird sie bezahlt -, dann können wir jetzt in der Landtagssitzung einen Antrag der Großen Koalition verabschieden, in dem bedauerlicherweise nur dargestellt wird, was die Regierung macht. Bereichernd oder zielführend ist ein solcher Antrag, Kollege Callsen, natürlich auch nicht, weiterbringen tut er uns ebenfalls nicht.

Wer die **Mobilität** der Bürger und eine funktions-tüchtige Wirtschaft sichern will, muss den **Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur** gewährleisten. Selbstverständlich müssen hierzu entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Das gilt insbesondere auch für die **grenzüberschreitenden Verkehre**, die durch das zusammenwachsende Europa immer wichtiger werden. Aus Sicht meiner Fraktion sind die grenzüberschreitenden Abstimmungen der Infrastrukturplanungen unterstützungswürdig.

Der Planung von Verkehrsinfrastruktur muss aber immer ein **Gesamtverkehrskonzept** zugrunde liegen. Dies erfordert einen Abwägungsprozess im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu den ökologischen Anforderungen, den verkehrspolitischen Erfordernissen und den finanziellen Möglichkeiten. Kollegin Spoorendonk. Hierzu sagt der SSW-Antrag bedauerlicherweise gar nichts.

Angesichts der desolaten **Finanzlage** des Landes und des Bundes ist die Einführung marktwirtschaftlicher und insbesondere wettbewerblicher Elemente in Konzeption, Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Verkehrsinfrastruktur dringend erforderlich, um endlich zu effizienteren Lösungen zu kommen. Doch auch hierzu sagt Ihr Antrag leider gar nichts.

Meine Fraktion will den Ausbau der **Ostseeautobahn A20** unter Anlehnung an die Trasse der B206 unter Einbeziehung einer festen Elbquerung westlich von Hamburg. Die FDP-Fraktion will die Weiterführung der **A23** bis zur dänischen Grenze. Wir wollen die Beseitigung von **Schienenengpässen**. Wir wollen die Ertüchtigung der Bahnstrecke von Sylt nach Hamburg, damit die Fahrzeit zwischen Westerland und Hamburg auf maximal zwei Stunden verkürzt werden kann. Wir wollen die Ertüchtigung der Strecke Hamburg-Neumünster-Flensburg

als leistungsfähige Güterzug-Magistrale weiter nach Dänemark und über den Großen Belt und den Öresund nach Skandinavien. Wir wollen die Weiterführung des SPNV in Flensburg bis zum ZOB.

Allerdings sind wir uns auch darüber im Klaren, dass nicht alle diese Projekte angesichts der Haushaltslage sofort realisierbar sind. Die Prüfung muss daher auch Aussagen über eine **Priorisierung des Investitionsbedarfs** treffen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Günter Neugebauer [SPD])

Genau hier fehlt auch ein entsprechender Satz in Ihrem Antrag.

Einen Forderungskatalog aufzustellen, ohne auch nur einen einzigen Satz zur Finanzierung zu sagen, wie Sie es in Ihrem Antrag tun, wird diesem Anspruch aus unserer Sicht nicht gerecht.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Interessant finde ich bei diesem Forderungskatalog übrigens - das hat der Kollege Callsen angesprochen -, dass darin kein einziger Satz zur **zivilen Nutzung des Flughafens Jagel** stand. Hier würde tatsächlich ein enormer Nutzen für den Landesteil Schleswig entstehen und das bei minimalem finanziellen Einsatz des Landes.

Wir werden im Wirtschaftsausschuss mit Sicherheit beide Anträge inhaltlich beraten. Nach § 26 der Geschäftsordnung muss aus unserer Sicht zumindest der Antrag des SSW zusätzlich in den Finanzausschuss überwiesen werden, da er definitiv geeignet ist, auf die öffentlichen Finanzen erheblich einzuwirken. Vielleicht liefern Sie uns im Finanzausschuss eine entsprechende Aussage zu Ihren Vorstellungen dazu, wie das Ganze finanziert werden soll, nach.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine umfangreiche Wunschliste zur



(Detlef Matthiessen)

Verkehrsinfrastruktur zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark vor uns liegen. Die Landesregierung ist aufgefordert, diese Maßnahmen zügig umzusetzen. Was heißt nun zügig? In den nächsten zwei oder drei Jahren? Da geht ein bisschen die Phantasie mit den Antragstellern durch.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Zügig ist bei den Grünen lang!)

Weiter sollen die **Bundesregierung** und die **dänische Regierung** die notwendigen **Mittel** bereitstellen. So einfach ist die Welt. Insofern finde ich auch die Frage wesentlich, die der Kollege Garg in seiner Rede angesprochen hat, nämlich die Frage der Finanzierung.

Fakt ist, es gibt einen beschlossenen **Bundesverkehrswegeplan**, der reicht bis zum Jahr 2015. Da sind die im vordringlichen Bedarf aufgelisteten Maßnahmen verankert. Vordringlich heißt eigentlich, diese verkehrlichen Infrastrukturmaßnahmen sollen bis 2015 fertiggestellt beziehungsweise zumindest begonnen worden sein. Da der Bundesverkehrswegeplan aber hoffnungslos unterfinanziert ist, werden auch Maßnahmen des **vordringlichen Bedarfs** nicht umgesetzt. Das heißt, Maßnahmen im weiteren Bedarf haben erst recht keine Chance auf Realisierung oder auf Baubeginn vor 2015.

In der Antragsbegründung zeigt der SSW die tatsächliche Gemengelage auf. Er schreibt, die Finanzierung der Hinterlandanbindungen der Fehmarnbeltquerung auf deutscher Seite durch den Bund und durch das Land Schleswig-Holstein darf nicht dazu führen, dass die für den **Landesteil Schleswig** dringend notwendigen verkehrlichen Infrastrukturmaßnahmen weiter verzögert werden. Da kann ich nur sagen: Volltreffer! Genau das wird nämlich passieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die Mittel, die Schleswig-Holstein aus dem Bundesverkehrswegeplan erhält, werden auf die Hinterlandanbindungen Fehmarnbelt konzentriert, und alle anderen Maßnahmen bei Schiene und Straße fallen hinten runter.

In einer Kleinen Anfrage im Bundestag fragt die FDP:

„Erfolgt die Finanzierung der Landanbindungen auf deutscher Seite ganz oder teilweise durch zusätzliche Mittel aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)?“

Das Bundesverkehrsministerium antwortet am 1. August 2007:

„Der Finanzierungsanteil des Bundes am Ausbau der Bundesstraße B207 zwischen Heiligenhafen-Ost (Bundesstraße B501) und Puttgarden erfolgt aus dem Plafond für die Bundesfernstraßen des Landes Schleswig-Holstein.“

- Er erfolgt aus dem Plafond für die Fernstraßen des Landes Schleswig-Holstein!

„Die Finanzierung der Bau- und Planungskosten für Schienenwegeinvestitionen erfolgt durch den Bund nach den üblichen Finanzierungsgrundsätzen.“

Der erklärende erhellende Satz ist dann:

„Zusätzliche Haushaltsmittel werden hierfür nicht zur Verfügung stehen.“

Punkt. Aus. Feierabend.

Es geht um 834 Millionen € aus der Kostenschätzung von 2003. Wir haben uns in dieser Tagung schon über Kostensteigerungen im Verkehrsbau unterhalten. Es geht um 834 Millionen € für die Hinterlandanbindungen. Da bleibt nicht viel aus den Bundesverkehrswegeplanmitteln für Schleswig-Holstein übrig. Denn die A 20 und die A 21 sollen ja auch fertiggestellt werden.

Wie der Zufall es will, haben sich die Regierungen von Schleswig-Holstein und der Region Süddänemark getroffen und sich über gemeinsame Nord-Süd-Verbindungen abgestimmt. Ganz oben steht natürlich das Bekenntnis zu dem gemeinsamen Schlüsselprojekt von Dänemark und Schleswig-Holstein, der **Fehmarnbelt-Querung**. Ansonsten wird brav aufgezählt, was alles auf der Wunschliste steht, so, wie das auch bei den heutigen Anträgen der Fall war. Über die **Finanzierung** der Projekte gibt es in dem fünfseitigen Papier keine einzige Aussage. Warum wohl? Es gibt schlichtweg keine Finanzierungsmittel, meine Damen und Herren! Ich sage es klar: Der SSW kann sich seine Projekte, so wünschenswert diese auch sein mögen - aus unserer Sicht -, abschminken, wenn die Brücke über den Fehmarnbelt tatsächlich gebaut würde.

Wir sollten alles tun, um diesen verkehrspolitischen Unsinn zu verhindern. Wir Grünen haben selten etwas mit dem Bundesminister für Kohlekraftwerke und CO<sub>2</sub>-Anstieg, Sigmar Gabriel, gemein.

(Vereinzelter Beifall - Zurufe von der SPD)

(Detlef Matthiessen)

Aber damit, dass die Fehmarnbelt-Querung eine belklopte Idee ist, hat er recht.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Damit bringt er die Konsequenzen für die Verkehrspolitik in Schleswig-Holstein auf den Punkt, auch in Bezug auf die verkehrlichen Projekte im Norden unseres Landes.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Dr. Heiner Garg [FDP] und Lars Harms [SSW])

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen. - Das Wort für den SSW hat erneut der Herr Abgeordnete Lars Harms. Herr Harms, Sie haben eine Restredezeit von drei Minuten und 17 Sekunden.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gern noch einmal mit ein paar Missverständnissen aufräumen beziehungsweise etwas näher erklären. Es ist natürlich klar, dass im Antrag keine Finanzierung enthalten. Sonst hätten wir ein Riesenpapier. Wenn wir ein solches Papier hätten erstellen können, hätten wir auch eine Finanzierung mit aufnehmen können. Uns geht es darum, dass wir sehen, dass ein bestimmtes Verkehrsprojekt so viele Mittel abziehen wird, dass wir all diese Maßnahmen, die in der Region parteiübergreifend gewünscht sind, so nicht mehr realisieren können.

(Axel Bernstein [CDU]: Das stimmt nicht!)

Das ist unser Problem. Deswegen haben wir gesagt, dass da gehandelt werden muss. Hier muss die Landesregierung eine **Finanzierungsplanung** vorlegen, und diese Planung darf auch gern längerfristig sein, damit die Menschen in der Region die Sicherheit haben, dass die Verkehrsverbindungen, die Sie alle parteiübergreifend wünschen, auch wirklich irgendwann einmal Realität werden, ohne dass die Fehmarnbelt-Querung mit ihren Hinterlandanbindungen alles an Geld absaugt, was noch vorhanden ist. - Das ist das Erste.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch einfach nicht! - Zuruf von der CDU: Das ist ein Vorurteil!)

Der zweite Punkt, lieber Kollege Callsen, ist - Sie haben mich darauf angesprochen - die Flugverbin-

dung. Wenn Sie den Text richtig lesen, sehen Sie, dass da steht: „Zur Verbesserung der Straßen-, Schienen-, Fähr- und Flugverbindungen sollen die nachfolgenden notwendigen Maßnahmen durchgeführt werden.“ Worum es geht, ist Folgendes: Es geht darum, beispielsweise **Flugplätze** vernünftig anzubinden. Derzeit haben wir keinen zivilen Luftverkehr in Jagel. Wir haben aber in der Region einen großen Flughafen, der wichtig für die Region ist, nämlich den in **Sønderburg**. Der wird von dänischer Seite jetzt mit einer Autobahn angebunden.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Lieber Herr Kayenburg, er wird, anders als bei uns, durch eine Autobahn angebunden. Wir haben also ein vernünftiges **Verkehrssystem nördlich der Grenze**. Nur im Süden, lieber Kollege Callsen, schlafen wir weiter vor uns hin und können diesen Flughafen von uns aus nicht anbinden. Das geht nicht; das ist der natürliche Flughafen der nördlichen Region, und wir wollen, dass dieser Flughafen von Süden her genauso vernünftig angebunden wird, wie er von Norden her angebunden wird.

Letzter Punkt: **Eisenbahntunnel**. Der Kollege Hölck hat sinnvollerweise gesagt, bei Bedarf könne man diesen vielleicht einmal andenken. - Wir haben den Bedarf. Es ist die einzige Nord-Süd-Verbindung. Wenn wir die einzige Nord-Süd-Verbindung nicht einigermaßen vernünftig ausbauen, sondern weiter bei dem Provisorium einer über 100 Jahre alten Brücke bleiben, dann fallen wir im Norden hinten herunter.

Ich bitte Sie, liebe Sozialdemokraten, ganz inständig, sich einmal mit den Kollegen der Sozialdemokratie in **Dänemark** auseinanderzusetzen und mit ihnen zu sprechen. Es ist eine Hauptforderung der Sozialdemokratie in Dänemark, gerade diese **Nord-Süd-Achse** komplett auszubauen. Insbesondere sollen wir den Schienenverkehr ausbauen. Bei dem **Transportaufkommen**, das ich eben genannt habe - man schätzt in Dänemark, dass sich das Güterverkehrsaufkommen verdoppeln wird -, darf es nicht sein, dass wir all diesen Verkehr auf die Straße setzen. Dabei ist es egal, ob das Thema Fehmarnbelt oder A 7 lautet. Wir müssen die **Schiene** ausbauen; das ist ganz wichtig. Dafür müssen wir jetzt planen, und wir müssen jetzt hierfür konkrete Finanzierungspläne vorlegen, weil wir sonst in 20 Jahren hinten herunterfallen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Das Wort für die Landesregierung hat jetzt Herr Verkehrs- und Wirtschaftsminister Dietrich Austermann.

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war zu erwarten, dass der Antrag zur Verbesserung der Verkehrssituation für den Landesteil Schleswig natürlich das Thema Fehmarnbelt-Querung zum Inhalt haben würde. Das ist die Sorge des SSW und die Sorge der Grünen, wobei es interessant ist, dass sich die Grünen darum sorgen, dass wir zu wenig Geld für Straßenbauprojekte haben könnten. Gleiches gilt für den SSW, der ja jahrelang die A 20 eigentlich nur bis Segeberg führen wollte.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Falsch!)

Diese Fraktionen haben das Thema entdeckt und erkannt, was das für die Förderung des **Landesteils Schleswig** bedeuten kann.

Ich möchte nur einmal ganz kurz erklären, wie sich die Frage der **Finanzierung der Fehmarnbelt-Querung** aus deutscher Sicht darstellt. Mit der Finanzierung des Brückenteils haben wir nichts zu tun. Die 4 Milliarden € werden von den Autofahrern erbracht, ob es Schweden, Deutsche oder sonst jemand ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja!)

Es verbleibt der Teil der **Hinterlandanbindung**, und davon ist der wesentliche Teil der Finanzierung die Schienenanbindung. Die **Schienenanbindung** bedeutet, dass da etwa 700 oder 750 Millionen € hineingehen. Die Straße kostet 90 Millionen €. Davon übernimmt das Land aus dem Haushalt 60 Millionen €. Das heißt, diese 90 Millionen € sind die einzigen Mittel, die Sie möglicherweise anderweitig innerhalb Schleswig-Holsteins verteilen könnten. Das ist die halbe Jahrestrenche der Verkehrsausgaben der Bundesmaßnahmen in Schleswig-Holstein. Sie tun so, als sei ein Füllhorn da, mit dem man, sofern auf die Fehmarnbelt-Querung verzichtet würde, die ganze Region im Landesteil Schleswig beglücken könnte - vielleicht auch in ganz Schleswig-Holstein.

Die **Logistiker** im nördlichen Landesteil in Schleswig-Holstein, aber auch in Süddänemark haben inzwischen alle verstanden, dass diese Finanzierung der Fehmarnbelt-Querung zu einer **Entlastung** der A 7 führt, zu einer Verkehrsentlastung für die Region im nördlichen Landesteil, zu einer Entlastung

vom Durchgangsverkehr, der künftig über die Fehmarnbelt-Querung führt. 160 Kilometer Fahrstrecke werden erspart. Der Bogen von Kopenhagen aus über Flensburg nach Hamburg würde wegfallen, wenn die Fehmarnbelt-Querung gebaut würde. Das Ganze kann zudem auch noch auf der **Schiene** stattfinden. Etwas Vernünftigeres und Umweltfreundlicheres gibt es gar nicht.

Meine Damen und Herren, nun zu dem eigentlichen Forderungskatalog, der hier aufgestellt worden ist. Ich möchte mit einer allgemeinen Bemerkung auch für diesen Teil beginnen. Ich sage: So viel Gemeinsamkeit zwischen Deutschen und Dänen in der Region Schleswig gab es noch nie.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Das betrifft die Abstimmung der Gespräche auf Regierungsebene, also die zwischen dem Ministerpräsidenten Carstensen und seinem Kollegen Carl Holst. Das betrifft die Abstimmung der Gespräche des Kollegen Döring mit seinem Kollegen im Bereich des Projekts INTERREG III. Auch dort geht es ja um die **Verzahnung der Region** und um eine bessere Erschließung. Außerdem betrifft es natürlich die Gespräche, die wir in letzter Zeit erst wieder mit der dänischen Kollegin, der Verkehrsministerin Christensen aus Kopenhagen, geführt haben. So viel Gemeinsamkeit gab es nie. Das betrifft im Übrigen auch die Projekte, um die es geht. Ich denke einmal, es trifft zu, dass der **Bundesverkehrswegeplan** unterfinanziert ist. Das habe ich immer wieder gesagt. Aber es gibt durchaus das eine oder andere **Projekt**, das nicht vorankommt, weil es **Widerstände** aus der Region gibt.

Wir sind uns über die große **Linienführung** einig. Ich will nur ein Beispiel nennen, und zwar den Ausbau der **B 199**, Ortsumgehung Handewitt. Das ist praktisch fertig. Jetzt kommen Bedenken aus der Gemeinde, man solle doch möglicherweise auf diese Ortsumgehung verzichten. Die Strecke ist im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans. Ja, wer hat denn hier über mehrere Jahre hinweg geschnarcht? Das gibt es auch an anderen Stellen. Wenn ich den Ausbau der **B 5** sehe, dann gibt es auch dort Vorbehalte in der Region. Es hat uns allein drei Jahre gekostet, zusätzlich mit der Region abzustimmen, wie der Straßenverlauf genau erfolgen soll. Es liegt nicht immer nur am fehlenden Geld; manchmal liegt es auch daran, dass in der Region die eine oder andere Entscheidung nicht zügig genug vorankommt.

(Beifall bei der SPD - Zuruf vom SSW)

(Minister Dietrich Austermann)

Dass es in der Region Schleswig inzwischen hervorragend läuft und dass eine Dynamik da ist, können Sie auch daran ablesen, dass in der gestern vorgestellten Arbeitsmarktstatistik, also für Mai, die Region Schleswig-Flensburg eine Arbeitslosenquote hatte, die um fast zwei Punkte niedriger liegt als noch vor einem Jahr.

(Zuruf: Aber das interessiert Sie offenbar doch nicht!)

Das sind die absoluten Zahlen; die kann man ja an den Köpfen der Arbeitslosen, an den Köpfen der Beschäftigten ermitteln. Nehmen wir einmal die Zahlen der Beschäftigten. Hieran können Sie feststellen: So dynamisch hat sich das lange nicht entwickelt, wie das dort zurzeit der Fall ist.

Nun vielleicht zu den einzelnen Forderungen, die erwähnt worden sind. Ich möchte etwas zum Thema **Schienenplanung** sagen. Wir haben die bessere Anbindung zwischen Niebüll und Tondern vorangebracht. Wir wollen bis 2011 die Schienenanbindung von Niebüll bis Esbjerg fertig haben.

(Zurufe)

Der Ministerpräsident hat die Eröffnung vorgenommen, um zu unterstreichen, wie bedeutend diese Maßnahme in der **Region** für uns ist. Es gibt einen interessanten Zuwachs beim Personenverkehr auf der Strecke Niebüll-Tondern um 30 %; 50.000 Fahrgäste benutzen diese Strecke inzwischen.

Wir sind dabei, die Strecke Niebüll-Klanxbüll auszubauen; den Kreuzungsbahnhof Lehnshallig nehmen wir uns noch in diesem Herbst vor. Der Ausbau des Bahnhofs Keitum wird vorbereitet. Die Hochbrücke Hochdonn wird in diesem Sommer fertig und kann dann wieder mit 80 km/h befahren werden. Der Ausbau der Rendsburger Hochbrücke ist bis zum Jahr 2013 fertig. Das Ganze dauert deshalb so lange, weil saniert wird unter vollem Betrieb der Bahnstrecke.

Jetzt fordert manch einer, den **Tunnel** schon jetzt zu planen. Ich darf all diejenigen, die das fordern, ermuntern zu sagen, an welcher Stelle genau der Tunnel durch Rendsburg verlaufen soll. Der direkt gewählte Abgeordnete mag vielleicht den Anfang machen mit Vorschlägen und genau sagen, an welcher Stelle in Rendsburg der Tunnel verlaufen soll. Herr Neugebauer, Sie brauchen sich dabei aber nicht zu beeilen, weil wir davon ausgehen, dass die Trasse, wenn die Brücke saniert ist, die nächsten 30 Jahre hält.

(Zurufe)

So lange dauert Straßenplanung nicht einmal unter Rot-Grün. 30 Jahre lang kann die Brücke noch benutzt werden. Wenn wir von einer Planungszeit von zehn Jahren ausgehen, können Sie im Jahre 2020 mit der Planung beginnen. Wir sollten den Bürgern nichts vormachen, indem wir sagen, das Projekt sei das, was wir unmittelbar, sofort beginnen sollten.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Will Herr Neugebauer noch bis dahin im Landtag sitzen? - Zurufe)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Neugebauer? - Ich darf Sie darauf hinweisen, dass sich die Regierung an der Redezeit der Fraktionen orientiert hat, nämlich fünf Minuten, und nicht an der der Antragsteller, dem SSW. Sie reden schon knapp sieben Minuten. - Gestatten Sie jetzt die Zwischenfrage?

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Ja, immer!

**Günter Neugebauer [SPD]:** Herr Minister, ist Ihnen erinnerlich, dass sich die Forderung nach Aufnahme der Planung für einen Ersatzbau der Rendsburger Eisenbahnhochbrücke nicht nur im Wahlprogramm der SPD, sondern auch in dem der CDU wiederfindet und auch im Koalitionsvertrag verankert worden ist?

Herr Abgeordneter Neugebauer, ich habe nur davor warnen wollen, dass man Visionen, die wir gemeinsam haben, versucht zur Realität von heute zu erklären.

(Zurufe)

- Ja, ich halte es für eine Vision, dass wir dort einen Tunnel bauen. Das ist keine Maßnahme, die heute und morgen umgesetzt wird.

(Zurufe)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich möchte keine weiteren Zwischenfragen zulassen, weil der Minister schon über der Redezeit ist und die nicht angerechnet werden.

(Zurufe)

- Gut, dann frage ich den Minister, ob er eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl zulässt.

**(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)**

Ich bitte trotzdem darum, sich an Redezeiten zu halten, auch vonseiten der Regierung.

(Zurufe)

**Thomas Stritzl** [CDU]: Frau Präsidentin, ich möchte mit Ihnen jetzt nicht über die Geschäftsordnung streiten; ich habe allerdings eine andere Auffassung zu dem, was Sie gerade gesagt haben. - Herr Minister, könnten Sie mir sagen, welchen Trassenvorschlag der Kollege Neugebauer gerade eben unterbreitet hat? Ich habe das nicht ganz verstanden.

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Ich glaube, wir sind uns einig darin, dass er keinen konkreten Vorschlag gemacht hat. Ich bitte, meine Aussage nicht als Kritik an der Debatte über dieses Thema zu verstehen. Es geht mir nur darum, dass wir nicht durch utopische Forderungen heute den Eindruck vermitteln, wir könnten diese Forderung morgen erfüllen. Wir müssen vielmehr deutlich machen, dass die Projekte der Zeit nach abgearbeitet werden müssen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Lassen Sie mich noch kurz sagen: A 7, das Kabinett hat entschieden, dass wir bis 2012/2013 fertig sein wollen. Mit der A 20 wollen wir bis 2015 fertig sein. Die Bahnstrecke Niebüll-Tondern - ich habe das erwähnt - soll bis 2011 verbessert werden.

Ich darf darauf hinweisen, dass die Situation in Dänemark genauso ist wie in Deutschland. Die Region dort macht sich Sorgen, dass die Verkehrspläne sowohl in Dänemark wie in Deutschland unterfinanziert sind. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir **zusätzliche Mittel** einwerben. Wir sind dabei, einen Alternativplan für die Einwerbung privaten Geldes für den Bau der A 20 zu ermöglichen, um sicherzustellen, dass das Projekt ungeachtet der Zuweisung der Mittel des Bundes zeitgerecht realisiert werden kann.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die **Mauteinnahmen** sollen vollständig dem Verkehr zur Verfügung gestellt werden. Die Kreditfähigkeit der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes soll vom Bundesfinanzminister endlich hergestellt werden. Ich hoffe, dass über den **Masterplan Logistik** vom Bundesverkehrsminister, den wir unterstützen, zusätzliches Geld in die Verkehrsinfrastruktur fließt, damit die Projekte, die hier in großer Gemeinsamkeit erwähnt worden sind, bis

zum Jahr 2015 alle realisiert werden können. - Die **Lindaunis-Brücke** wesentlich eher; dort haben wir uns in einem Finanzierungskonzept mit der Bahn auf den Zeitpunkt 2012 geeinigt.

Sie sehen, es ist viel in Bewegung im Landesteil Schleswig. Wir vernachlässigen diese Region nicht, sondern sie wird mindestens so gut behandelt wie alle anderen Landesteile.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Minister Austermann. - Es ist neue Redezeit entstanden nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung, weil die Landesregierung vier Minuten überzogen hat.

Als Nächsten habe ich auf der Rednerliste den Abgeordneten Karl-Martin Hentschel. Ich rechne Ihre Zeit auf die Zeit nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung an.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss noch einmal auf den **Fehmarnbelt** und die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein zurückkommen. Es gibt eine eindeutige Aussage der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage des Kollegen Koppelin vom letzten Jahr. Darin steht explizit: Es wird kein zusätzliches Geld von der Bundesregierung geben. Alle Gelder, die für den **Fehmarnbelt** aufgewandt werden, gehen aus dem Kontingent für den Bundesverkehrswegeplan von Schleswig-Holstein, sowohl Straße als auch Bahn.

(Zurufe)

- Herr Kayenburg, regen Sie sich ruhig auf, das ändert nichts an den Tatsachen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das hat die Bundesregierung geschrieben, das habe nicht ich geschrieben. Die **Gesamtsumme**, um die es geht, ist nach meiner Kenntnis - ich habe die genauen Zahlen jetzt nicht vorliegen - 835 Millionen €, davon sind 90 Millionen € für die Straße vorgesehen, der Rest für die Schiene. Das ist richtig, Herr Minister.

Das heißt, wir investieren etwa 750 Millionen € in die **Schieneanbindung**, und zwar in eine Strecke,

**(Karl-Martin Hentschel)**

die heute die geringstbefahrene Strecke in Schleswig-Holstein ist.

Ich habe selber neun Jahre lang Verkehrspolitik in diesem Land verantwortlich gemacht und viele Diskussionen mit verschiedenen Ministern geführt. Sie sind bereits der vierte Minister, den ich im Land erlebe. Ich habe in dieser Zeit festgestellt, dass die Planungen für den Ausbau im Schienenbereich immer wieder an der Vision des Fehmarnbelts gescheitert sind. Das betrifft die Beseitigung des Engpasses Pinneberg-Elmshorn, das betrifft den Bau des Metro-Express, eines der wichtigsten Schienenprojekte in Schleswig-Holstein überhaupt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht darum, täglich 30.000 Menschen auf die Schiene „zu verlagern“, übrigens weg von der A 7. Das hat etwas mit Straße zu tun, Herr Minister. 30.000 Leute im Metro-Express bedeuten 30.000 Leute weniger auf der A 7.

Es geht aber auch um die Ostumfahrung von Hamburg, damit die Skandinaviengüterzüge nicht mehr durch die Hamburger Innenstadt fahren müssen, sondern östlich an Hamburg vorbeigeleitet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um die Strecke, die übrigens im Bundesverkehrswegeplan steht: Neumünster-Bad Oldesloe, zweispurig elektrifiziert. Diese Strecke hat gegen meinen Willen durch den letzten Minister einen Stern bekommen, mit der Bemerkung im Bundesverkehrswegeplan: Vorbehaltlich des Baus Fehmarnbelt. Das heißt, nur wenn Fehmarnbelt nicht kommt, wird diese Schiene gebaut; wenn Fehmarnbelt kommt, wird das gestrichen. Damit wird eines der wichtigsten Vorhaben überhaupt für den Güterverkehr und für die Anbindung von Skandinavien bewusst von der Landesregierung geblockt und nicht gebaut wegen der Vision der Fehmarnbelt-Querung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört natürlich auch der Tunnel in Rendsburg; er war immer Teil dieser Diskussion. Wir haben bei der ganzen Ausbaudiskussion darüber diskutiert: Soll der Tunnel realisiert werden, wann, muss man noch ausbauen, wie lange noch? Natürlich muss man, wenn man plant, konkrete Trassen machen. Das ist doch der normale Weg. Man fängt doch eine Planung nicht damit an, dass man erst eine konkrete Trasse durch Abgeordnete festlegt und hinterher die konkreten Planungen macht! Nein, wir müssen Entscheidungen haben, wir müssen ent-

scheiden, ob wir die Wege nach Skandinavien ausbauen wollen oder nicht. Herr Minister, Sie sind auf dem Holzweg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Es Nächster hat Herr Abgeordneter Bernd Schröder das Wort, auch nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung vier Minuten.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon erschreckend, was hier von den Grünen festgehalten wird.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Das Projekt Fehmarnbelt muss in diesem Land wohl für alles herhalten.

(Zurufe)

- „Jäger 90“ ist das nicht, so schnell sind die nicht.

Wir haben vorgestern über das **Projekt Fehmarnbelt-Querung** diskutiert und die aktuelle Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage Ihrer Kolleginnen und Kollegen im Bundestag zugrunde gelegt, unter anderem von Herrn Steenblock, der beim besten Willen kein Unterstützer ist, was solche Projekte angeht. Ich habe von diesem Tisch aus wirklich aus der Antwort der Bundesregierung zitiert, dass für die Finanzierung der Brücke Dänemark zuständig ist, dass für die Mehrkosten Dänemark zuständig ist - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Menschenkinder! Nun lies doch mal, was dort geschrieben steht!

(Beifall bei der CDU)

Also, Lesen sollte auch bei den Grünen noch möglich sein.

Und für die **Hinterlandanbindung** ist die Bundesrepublik Deutschland zuständig, und zwar in Form des Bundesverkehrswegeplans. Da es ein Projekt von internationaler Bedeutung ist, ist es doch völlig abwegig, dass die Finanzmittel für die Hinterlandanbindung ausschließlich den Mitteln für Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein entnommen werden sollen. Das ist völliger Quatsch. Das steht nirgends.

**(Bernd Schröder)**

Es ist eine reine Behauptung, um dieses Projekt von vornherein bei den Leuten infrage zu stellen.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen?

**Bernd Schröder [SPD]:**

Nein. Sonst würde der Blödsinn noch vertieft, und das muss an dieser Stelle nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir tragen eine hohe Verantwortung für die **Infrastrukturprojekte** in diesem Land. Ich habe es hier bereits gesagt: Wir tragen auch eine große Verantwortung für die Region.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)

Und ich sage es noch einmal: Wenn hier irgendjemand sagt, dass wir die Hinterlandanbindung in Schleswig-Holstein in den nächsten 20 Jahren ohne den Fehmarnbelt hinbekommen, dann halte ich das für unrealistisch.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Und was das für diese Region, was das für die Chancen in dieser Region - ich nenne als Beispiel den Tourismus - bedeutet, das kann sich wohl jeder ausrechnen. Die Abbindung, die dort zurzeit stattfindet, können wir nicht wollen, und wir können sie auch nicht verantworten. Also, wir alle - und das meine ich sehr ernst - tragen eine große Verantwortung dafür, dass wir diese Region mit einbeziehen, dass wir die Menschen mitnehmen und dass wir sehr sachlich diskutieren. Wir müssen auch über die aktuellen Zahlen zum Fehmarnbelt-Projekt diskutieren; das ist am Mittwoch bereits gesagt worden. Stellen Sie sich der Diskussion, aber behaupten Sie nicht immer Dinge, die absolut nicht der Realität entsprechen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Herr Minister Austermann hat erneut das Wort.

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Es tut mir leid, aber ich muss zwei Sätze sagen. - Erster Satz: Wir nehmen die Vorbereitungen hin-

sichtlich Elmshorn und Pinneberg zielstrebig vor. Ich vermute, dass wir die Dreigleisigkeit der Strecke fertigstellen können, bevor die Fehmarnbelt-Querung da ist.

Zweiter Satz: Die Projekte in Bezug auf Neumünster und Oldesloe sind dazu keine Alternative und werden daher von uns nachrangig behandelt.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da meine Referentin nicht die Zeit hatte, die Kleine Anfrage des Kollegen Koppelin und die Antwort darauf zu besorgen, werde ich die entsprechenden Zitate heute Mittag über eine Pressemitteilung veröffentlichen, damit das Haus darüber informiert ist, dass ich gerade Tatsachen geschildert habe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung schließe.

Die Antragsteller haben mir einvernehmlich signalisiert, dass sie eine Abstimmung in der Sache möchten. Die FDP-Fraktion hat Überweisung ange-regt. Könnten Sie sich der Abstimmung in der Sache anschließen, lieber Herr Kollege Dr. Garg? - Gut. Dann stimmen wir in der Sache ab.

Wenn ich es richtig mitbekommen habe, ist alternative Abstimmung gewünscht worden. Gemäß § 63 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung schlage ich vor, beide Anträge abweichend von der Geschäftsordnung für selbstständig zu erklären. Ich setze voraus, dass es hiergegen keinen Widerspruch gibt. - Das stelle ich fest. Dann stelle ich beide Anträge zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, Drucksache 16/2091 (neu), seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer möchte dem Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 16/2044, seine Zustimmung geben?

**(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)**

(Thomas Stritzl [CDU]: Überschaubar!)

Somit stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/2091 (neu) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP angenommen wurde und der Antrag Drucksache 16/2044 damit abgelehnt ist.

Ich habe Ihnen eine Mitteilung zur Geschäftsordnung zu machen: Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf geeinigt, dass über Tagesordnungspunkt 40 keine Aussprache erfolgt.

Ich rufe daher nun Tagesordnungspunkt 37 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Wirtschaftliche Effekte der erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1944

**b) Nordseekooperation - Erneuerbare Energien in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1946 (neu)

Ich erteile dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dietrich Austermann, das Wort.

**Dietrich Austermann, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, zwei Berichte vorzulegen. Im Berichts Antrag der Grünen geht es um die wirtschaftliche Wirkung der erneuerbaren Energien. Der Berichts Antrag der Koalitionsfraktionen befasst sich mit den Projekten Power und Power Plus. Beide Berichte liegen Ihnen vor, sodass ich nicht im Detail darauf eingehen muss.

Obwohl keine Zahlen bis hinters Komma genau vorgelegt werden, möchte ich eines deutlich machen: Die **Nutzung der erneuerbaren Energien** ist für Schleswig-Holstein eine Erfolgsgeschichte. Bei uns haben sich maßgebliche Windanlagenhersteller angesiedelt, darunter Weltmarktführer Vestas, REpower Systems, Nordex und DeWind. Hinzu kommen eine Vielzahl kleinerer Unternehmen aus den Bereichen Entwicklung, Service, Wartung, Planung, Beratung, aber auch Versicherer und andere Spezialisten.

Wir können davon ausgehen, dass etwa 7.000 Menschen allein im Bereich der Windenergie zusätzliche **Arbeitsplätze** gefunden haben. Wenn Sie am Wochenende die Stellenanzeigen in den Tageszeitungen lesen, sehen Sie, welche Fachleute für den Bereich der **Windenergie** gesucht werden. Dem kann man deutlich entnehmen, dass diese Erfolgsgeschichte fortgeschrieben wird.

Sie können weiter davon ausgehen, dass 1.700 Menschen in den sonstigen erneuerbaren Energien außerhalb der Windenergie eine Tätigkeit gefunden haben. Etwa 3 Milliarden € sind seit 1990 in die Windenergie investiert worden. Ein Großteil dieser **Investitionen** ging nach Schleswig-Holstein und hier an lokale Bau- und Handwerksfirmen. Etwa 460 Millionen € flossen im vergangenen Jahr den Betreibern der Anlagen als Einspeisevergütung zu.

In diesem Zusammenhang darf ich an eines erinnern: Als wir uns in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts zusammen überlegt haben, was man im Bereich der Windenergie tun könne, bestand einer der Ansätze darin, dafür zu sorgen, dass **Landwirte** durch Bereitstellung ihrer Flächen für Windmühlen zusätzliche Einnahmen erzielen. Wenn wir heute zur Kenntnis nehmen, dass über Einspeisevergütung 480 Millionen € pro Jahr in windstarke, aber bevölkerungsschwache Regionen fließen, dann kann man zu Recht von einer Erfolgsgeschichte sondergleichen sprechen. Hier findet gewissermaßen eine Umverteilung von den Ballungsgebieten in die strukturschwächeren Gebiete statt, und die positive Wirkung ist bereits jetzt zu erkennen.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Schleswig-holsteinische **Gemeinden** nehmen viel Geld ein. Man geht davon aus, dass eine Gemeinde bei einer 20-jährigen Laufzeit von einer 1-MW-Anlage jährlich 100.000 € an Gewerbesteuer einnimmt. Bei der jetzigen Situation macht das ein Gewerbesteueraufkommen von etwa 12 Millionen € pro Jahr aus.

Erneuerbare Energien in Schleswig-Holstein - allen voran die Windenergie - sind ein bedeutender Faktor für Hightech, für Beschäftigung und für produktive Arbeitsplätze. Auf längere Sicht leisten sie über direkte und indirekte Wirkungen einen wesentlichen Beitrag für Wachstum und Wohlstand. Deswegen treten wir für den weiteren **Ausbau der erneuerbaren Energien** ein. Der **Landesentwicklungsplan**, der in den letzten Tagen diskutiert worden ist, möchte die **Fläche für Windmühlen** auf



(Minister Dietrich Austermann)

1 % der Landesfläche erweitern. Wir möchten darüber hinaus zu einer größeren **Flexibilität beim Repowering** kommen. Wir stehen unmittelbar davor, dass mit dem Bau von **Offshore-Parks** begonnen wird, und viele Firmen, die in diesem Bereich tätig sind, beginnen nun, sich anzusiedeln. Wir sind in guten Gesprächen mit einer Firma für riesige Masten und riesige Fundamente im Offshore-Bereich. Wir werden sicherlich viele Hunderte neue Arbeitsplätze schaffen.

In Schleswig-Holstein werden rund 40 % des **Stromverbrauchs** von der Windenergie gedeckt. Bis 2020 erwarten wir mehr Strom aus Windenergie als aus der übrigen Produktion im Land.

Auf der anderen Seite müssen wir aber erkennen, dass dies nur dann funktioniert, wenn der Wind weht. Das heißt, wir brauchen auch in Zukunft einen vernünftigen **Energiemix**. Mehr brauche ich zu diesem Thema zurzeit nicht auszuführen.

Lassen Sie mich zum zweiten Teil, zum Antrag der Koalitionsfraktionen, kommen. Das Potenzial der Windkraft für die Energiegewinnung, für den Klimaschutz ist auch Gegenstand internationaler Zusammenarbeit. Das Projekt POWER und das mögliche Nachfolgeprojekt POWER CLUSTER liegen Ihnen vor. Unter dem Kürzel **POWER** haben sich 37 Nationen zusammengefunden, die überlegen, wie sie im Bereich des Umweltschutzes, im Bereich der Planung, im Bereich der Kooperation, zur Vorbereitung von Anlagen, zur Vorbereitung der Akzeptanz in der Bevölkerung besser zusammenarbeiten können. Dieses Projekt ist federführend mit der **Wirtschaftsförderung Nordfriesland** entwickelt worden und soll fortgeführt werden.

Ich kann Ihnen heute mitteilen, dass die zuständige Kommission entschieden hat, das **Nachfolgeprojekt POWER+** weiterzuführen, sodass auch von daher die gemeinsame Arbeit der 37 Nationen um die Nordsee herum stattfinden kann. Vor zwei Tagen wurde mir aus meinem Haus mitgeteilt, dass das Projekt POWER CLUSTER vom Steering Committee für das Nordseeprogramm genehmigt wurde. Ich denke, dass auch dies ein gutes Signal für die erneuerbaren Energien ist.

Frau Präsidentin, ich gestatte mir den Hinweis, dass ich die Redezeit eingehalten habe.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Herr Minister, ich lobe Sie. Ich bedanke mich bei dem Herrn Wirtschaftsminister und eröffne die Aussprache.

Das Wort für den Antragsteller BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Branche der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein, allen voran die Windenergie, ist ein Jobmotor und Treibstoff für unsere Wirtschaft in Schleswig-Holstein. 37.000 **Arbeitsplätze** im Bereich **Windenergie**. Hinzu kommen etwa 1.700 Arbeitsplätze in anderen Bereichen der regenerativen Energien.

Hintergrund unserer Antragstellung war auch die Antragstellung anderer Fraktionen hier im Haus, die wirtschaftlich negative Folgen des Stillstands von großen Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein befürchten. Gestatten Sie mir daher einen Vergleich, einen Ausblick hinsichtlich der **Arbeitsplatzproduktivität** dieser Branchen.

Im **Atomenergiebereich** sind weniger als 1.000 Menschen beschäftigt, bei Kohlekraftwerken im Bestand, über alle Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein gerechnet, gilt etwa dasselbe. Beispiel: Gemeinschaftskraftwerk Kiel-Ost. Dort sind zurzeit etwas über 100 Menschen beschäftigt. Für das geplante und jetzt Gott sei Dank in der Planung ausgesetzte Kraftwerk waren weniger vorgesehen. Obwohl es wesentlich größer sein soll, nämlich dreimal so groß, ist die Planung, dort weniger Menschen zu beschäftigen. Absehbar wird der **Zubau von Kohlekraftwerken**, selbst wenn er in der geplanten Größenordnung in Schleswig-Holstein umgesetzt wird, weniger Arbeitsproduktivität zeigen, nämlich weniger als ein Siebentel dessen, was wir heute im Windenergiebereich haben. Das ist ein Bereich, der in Zukunft, wenn die Kohlekraftwerke fertig sind, etwa dreimal so groß sein wird. Damit wollte ich Ihnen die Dimensionen hinsichtlich der Arbeitsplatzproduktivität der verschiedenen Energiebereitstellungstechniken verdeutlichen. Die **erneuerbare Energie** hat da die Nase um ein Vielfaches vorn.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann verstehen, dass die Landesregierung mit den Zahlen in ihrem Bericht, für den ich mich im

(Detlef Matthiessen)

Namen meiner Fraktion beim Wirtschaftsministerium sehr herzlich bedanke, vorsichtig umgeht. Die Besitzverhältnisse in den Projekten sind zum Teil nicht bekannt. Nicht bekannt ist, ob die **Investoren** in Schleswig-Holstein ansässig sind oder von außerhalb kommen. Das sind bedeutende Unterschiede für die Wirtschaftseffekte. Nimmt man die Arbeitsstunden eines Notars zur Notifizierung von Verträgen hinzu, stellt sich die Frage, wie man das erfassen kann. Das alles sind Imponderabilien, die es sehr schwierig machen, exakte Zahlen für einen solchen Bericht zu ermitteln.

Da ist die aus dem Strom erwirtschaftete Summe sicherlich ein Maßstab, der objektiv ist, aber auch nur mit begrenzter Aussagekraft. Insofern bleiben es Abschätzungen und Plausibilitäten. Selbst bei Abweichungen ändert sich an den Größenordnungen nichts.

Wir haben in Schleswig-Holstein auch **Hersteller**. Der Minister erwähnte dies. Mit Industrie ist unser Bundesland nicht üppig ausgestattet. Daher hätte ich eine deutlichere Darstellung dieses Teils in Ihrem Bericht erwartet. Die Firmen finden dort keine Erwähnung. Ich tue das aus diesem Grund. Die Firma DeWind in Lübeck, Nordex in Norderstedt, Repower in Husum und demnächst auch in Rendsburg auch mit der Produktion ansässig - jetzt gibt es bereits eine Abteilung Entwicklung dort - und nicht zuletzt Vestas in Husum mit bedeutender Produktion großer Anlagen. Vestas ist der international führende Konzern auf diesem Gebiet. Dabei ist bemerkenswert, dass unsere Windanlagenbauer inzwischen eine **Exportquote** haben. Ich erinnere an die windfeindlichen Debatten, die hier in den vergangenen Legislaturperioden geführt worden sind, adressiere das darum an CDU und FDP. Die Exportquote der Windanlagenhersteller in Schleswig-Holstein liegt inzwischen deutlich über dem Durchschnitt des Maschinen- und Anlagenbaus in Deutschland.

Das Gesetz, der Treibriemen, ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Statt die **EEG-Novelle** zu einer **Vergütungsanpassung** zu nutzen - was tat der zuständige Minister? Er stellte im Wirtschaftsausschuss des Bundesrats den Antrag, den **Referenzertrag** von Windenergieerzeugungsanlagen zu erhöhen. Das bedeutet: Keine Windkraft auf weniger windhäufigen Standorten. Das wiederum betrifft auch Schleswig-Holstein, zumindest aus der Perspektive der Hersteller und Lieferanten. Das ist die einzige zumindest mir bekannte Initiative des Ministeriums in Sachen EEG-Novellierung, die für unser Bundesland diese herausragende wirtschaftliche Bedeutung hat.

Der Minister fällt auch den **Stromkonzernen** nicht in den Arm, die durch Nichtabnahme von Windstrom mit vorgeblichen Netzengpässen großen wirtschaftlichen Schaden für unsere Windmüller anrichten. Das sogenannte Erzeugungsmanagement muss scharf kontrolliert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichts tut dieses Ministerium. Ungerührt schaut der Minister zu.

Der **Netzausbau** ist das Nadelöhr für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der erneuerbaren Energien und der Windenergie. Es gibt dazu Landtagsbeschlüsse und mehrere Kreistagsbeschlüsse. Der zuständige Minister scheint den Interessen der großen Energiemonopolisten näher zu stehen als unseren Windmüllern. Ungerührt schaut er auch da zu.

Die erneuerbaren Energien bieten große wirtschaftliche Chancen für unser Land. Der zuständige Minister dieser Landesregierung nutzt diese Chancen nicht. Er kümmert sich lieber um große Kohlekraftwerke. Das EEG befindet sich in Novellierung. Glücklicherweise - nicht von Schleswig-Holstein getrieben - soll die Windenergievergütung etwas heraufgesetzt werden.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Die Zeit, Herr Kollege!

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich komme zum letzten Satz, Frau Präsidentin. - Auf Intervention der CDU im Bund soll die **Biomassevergütung** im Gegenzug heraufgesetzt werden. Ich mache dazu nur eine Bemerkung. Die Flächenproduktivität von physikalischer Sonnenkrafterschließung im Verhältnis zur Biomasse ist etwa um den Faktor 50 günstiger. Also lasst uns mit Biomasse in Zukunft vorsichtiger umgehen, als es in der Vergangenheit der Fall war!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Matthiessen. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Hartmut Hamerich.

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hat in seiner Januar-Tagung auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Bericht zu den wirtschaftlichen und finanziellen Effekten der Nutzung erneuerbarer Energien in Schleswig-Holstein abzugeben. Hinzu kam in der Februar-Tagung ein weiterer Antrag zu einem Bericht über die Nordseekooperation und hier speziell zum Stand der Projekte POWER und POWER+, und das auf Antrag der CDU und der SPD. Beide Berichte liegen uns jetzt vor. Dafür bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion bei Herrn Minister Austermann und seinen Mitarbeitern.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch wenn der Landesregierung zu **wirtschaftlichen** und **finanziellen Auswirkungen** keine belastbaren Daten zur Verfügung stehen, kann man aufgrund von Schätzungen aus der Branche davon ausgehen, dass aus Produktion, Entwicklung und Nutzung der erneuerbaren Energien eine wesentliche **Wertschöpfung** entsteht. Sieht man einerseits, dass bis zum Jahr 2006 allein circa 3 Milliarden € private Investitionen in die Windenergie zum großen Teil in Schleswig-Holstein geflossen sind, und auf der anderen Seite, dass nach Aussage des Bundesverbandes der Windenergie 7.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze entstanden sind, zusätzlich circa 1.700 weitere Arbeitsplätze im Bereich der anderen erneuerbaren Energien, kann man sich den **Wirtschaftszweig erneuerbare Energien** in unserem Land nicht mehr wegdenken.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wohl wahr! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Zu Ihnen komme ich gleich noch, Herr Hentschel.  
- Er ist ein bedeutender Faktor für Wirtschaft, Beschäftigung und Klimaschutz in unserem Land.

Was sich mir allerdings immer wieder nicht erschließt, ist die Argumentation der Grünen. Ich werde hier auch noch einmal das leidige Thema Fehmarnbelt ansprechen müssen. Herr Kollege Hentschel, seltsamerweise wird die Möglichkeit, dass sich Schweinswale an den Brückenpfeilern der Fehmarnbelt-Querung stoßen könnten, immer wieder herangezogen, um gegen diese Belt-Querung zu sein. Seltsamerweise sind hier auch immer wieder die Verwirbelung des Wassers im Bereich der Brücke und der Austausch von Salz erhebliche Faktoren. Das finden wir allerdings im Zusammenhang

mit dem Bau von Offshore-Windparks nicht unbedingt wieder.

Wir sind für den Ausbau der erneuerbaren Energien, und in diesem Bereich sind wir in Schleswig-Holstein auch international involviert.

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Detlef Matthiessen?

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Ja.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe Sie so verstanden, dass die grüne Fraktion im Zusammenhang mit der Fehmarnbelt-Querung das Kollisionsrisiko von Schweinswalen mit den Brückenpfeilern thematisiert hätte. Mir ist das nicht bekannt. Meinen Sie damit irgendetwas, was ich in den Protokollen des Landtages wiederfinden kann, oder haben Sie sich das eben ausgedacht?

**Hartmut Hamerich [CDU]:**

Herr Kollege Matthiessen, nach meinem Kenntnisstand ist der ehemalige Umweltminister Trittin Mitglied der Grünen in Deutschland. Der hat diese Äußerung öffentlich gemacht.

Ich nenne für die internationale Beteiligung Schleswig-Holsteins die Projekte POWER und POWER CLUSTER. **POWER** hat hier in keiner Weise mit Macht oder Stärke zu tun, sondern bedeutet Pushing Offshore Wind Energie Regions. Das ist ein aus INTERREG III B gefördertes Programm aus der Zeit von Februar 2004 bis September 2007. Es wurden circa 1,75 Millionen € EU-Gelder eingesetzt. Es hatte dadurch ein **Gesamtvolumen** von 3,5 Millionen €. Es befasst sich mit der Nutzung der **Offshore-Windenergien**, für die im europäischen Raum ein enormes Potenzial bei der Energiegewinnung gesehen wird. Teilnehmer an diesem Projekt in der **Nordseeregion** waren 37 Partner aus fünf Ländern: Großbritannien, Dänemark, die Niederlande, Belgien und Deutschland sind involviert.

Aus Schleswig-Holstein waren die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums als Subpartner und die Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein beteiligt.

**(Hartmut Hamerich)**

Die POWER-Projektpartner sind übereingekommen, ein **Nachfolgeprojekt** mit zusätzlichen Partnern aus Norwegen und Schweden zu entwickeln. Schwerpunkt hierbei ist die wirtschaftliche Nutzung des Offshore-Potenzials und die Präsentation der Nordseeanrainerstaaten als weltweit führende Offshore-Windregion. **Schleswig-Holstein** ist mit zwei Partnern an diesem Projekt beteiligt, mit der Wirtschaftsakademie und dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr. Der Projektantrag hierfür ist am 17. März 2008 im Rahmen des INTERREG-Programms IV B gestellt worden. Bei positivem Bescheid können wir im Sommer starten.

Ich hoffe, wir werden in nächster Zukunft den Bereich Nordseekooperation ähnlich erfolgreich gestalten können wie den Bereich der Ostseekooperation.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Ich glaube, wir haben hier positive Ansätze.

Ich beantrage, die beiden Berichte an den Wirtschaftsausschuss und für den Bereich der Nordseekooperation mitberatend an den Europaausschuss zu überweisen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordneten Hamerich - auch für die geschenkte Zeit. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Olaf Schulze.

**Olaf Schulze [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal möchte ich mich beim Wirtschaftsministerium für die beiden Berichte recht herzlich bedanken.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Lassen Sie mich zuerst auf die Effekte der erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein eingehen, bevor ich dann

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Zur Fehmarnbelt-Querung!)

zur Nordseekooperation komme - anders als der Kollege Matthiessen, der dieses Thema völlig verschwiegen hat.

Die **erneuerbaren Energien** sind einer der sichersten und zukunftsfähigsten Wirtschaftsbereiche, die wir hier in Schleswig-Holstein haben. Nach Angaben des Bundesverbandes Windenergie beliefen sich die **privaten Investitionen in Windenergienutzung** in Schleswig-Holstein auf 3 Milliarden €, und die jährlichen Umsätze für die Unternehmen werden auf 2 Milliarden € geschätzt. Circa 7.000 Arbeitsplätze in der Windenergie und circa 1.700 bei anderen erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein zeigen, dass hierin ein erhebliches wirtschaftliches **Potential** steckt.

Laut dem Deutschen Windenergie-Institut werden bis 2017 weltweit Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 718.000 MW installiert sein. 80 % der in Deutschland hergestellten Bauteile und Turbinen sind für den Export, und die hohe Nachfrage kann nicht gedeckt werden.

Innerhalb Deutschlands nimmt **Schleswig-Holstein** bei der **Stromerzeugung** durch erneuerbare Energien mit 30 % eine Spitzenposition ein. Wir setzen uns dafür ein, dass unser Anteil ausgebaut wird. Ab 2020 können wir nach Aussage des Wirtschaftsministeriums im Grünbuch unseren **Strombedarf** zu 100 % allein durch Windkraft decken. Diese Zahlen verdeutlichen, dass gerade in Schleswig-Holstein die erneuerbaren Energien, allen voran die Windenergie, zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren geworden sind. Die Firma REpower in Husum ist nur ein erfolgreiches Beispiel für Schleswig-Holstein.

Die SPD begrüßt auch die Entscheidung, sich mit Rendsburg für einen weiteren Standort bei uns im Norden entschieden zu haben. Dagegen bedauern wir die Entscheidung in **Eggebek**. Aus unserer Sicht wäre dies ein erstklassiges Projekt geworden. Solche zukunftsweisenden Initiativen, bei denen Wirtschaft und Wissenschaft eng miteinander kooperieren, müssen von uns gefördert werden, und ich hoffe, dass hier noch nicht alles verloren ist.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Nach ersten Pressemitteilungen hätten sofort die ersten 80 Arbeitsplätze geschaffen werden können, die nun ausbleiben. Schleswig-Holstein darf die Perspektive nicht aus den Augen lassen und den Innovationsvorsprung, den wir zurzeit noch haben, nicht verspielen.

Lassen sie uns im Ausschuss über diese und die im Bericht etwas kürzer behandelten erneuerbaren Energien wie Solarenergie und Geothermie sowie deren Chancen für Schleswig-Holstein diskutieren

(Olaf Schulze)

und alles dafür tun, dass wir die erneuerbaren Energien als Jobmotor in Schleswig-Holstein fördern.

Lassen sie mich nun zum zweiten Teil des Tagesordnungspunktes kommen. Auch hier begrüßen wir es außerordentlich, dass die Landesregierung für die Fortsetzung des POWER-Projekts eintritt und wir mit **POWER+** ein herausragendes Programm zur Förderung erneuerbarer Energien im **Nordseebereich** fortschreiben können.

POWER hat vor allem deutlich gemacht: Nur in der Kooperation mit Partnern aus Dänemark, den Niederlanden und Großbritannien besteht für uns die Möglichkeit, das Potenzial der gesamten Wertschöpfungskette von Offshore-Projekten auszuschöpfen. Dies sollten wir uns zunutze machen und weitere interregionale Projekte und Kooperationen ins Leben rufen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wenn Initiativen und Projektleitungen von Schleswig-Holstein ausgehen, haben wir die größten Chancen, uns auch international zu etablieren. Es gibt bereits einige gute Beispiele aus dem INTERREG-Programm, wie zum Beispiel ProBioEnergy zur Nutzung der Biomasse oder ERE, ein Projekt zur Erschließung von Energiere Ressourcen.

Ich bitte daher die Regierung ausdrücklich darum, auch in anderen Bereichen interregionale Projekte in der Nordseeregion einzurichten. Starten Sie nordseeweite Arbeitsmarkt Kooperationen, so können wir Fachkräfte nach Schleswig-Holstein holen und uns international etablieren!

Auch in der **europäischen Meerespolitik** und im **Natur- und Umweltschutz** sollten wir unsere Position ausbauen. Mit Wissensvorsprüngen in diesen Bereichen besitzt man ein wertvolles Exportgut, das sich weltweit, besonders im asiatischen Raum, vermarkten lässt.

(Beifall bei SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Chancen, die uns interregionale Projekte und Netzwerke bieten, nutzen! Schleswig-Holstein besitzt mit seiner Lage an Nord- und Ostsee, mit der Grenze zu Dänemark und den direkten Schiffsverbindungen zu vielen internationalen Häfen die besten Voraussetzungen - besser hat es kein anderes Bundesland in Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei CDU und SSW)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke auch Herrn Abgeordneten Olaf Schulze für die geschenkte Zeit.

Ich begrüße die zwischenzeitlich eingetroffene weitere Klasse der Klaus-Groth-Realschule aus Heide und Schülerinnen und Schüler der Realschule Pönitz aus Ostholstein. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat nun für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Kollege Matthiessen, ich finde, Sie sind im ersten Teil Ihrer Rede recht pfleglich mit dem Wirtschaftsminister umgegangen, wenn man sich einmal vor Augen hält, dass der Landtag einstimmig in der 78. Sitzung am 31. Januar 2008 acht präzise Fragen an die Landesregierung gestellt hat und die Landesregierung ganz lapidar auf acht präzise Fragen antwortet:

„Der Landesregierung liegen keine belastbaren Daten zu den wirtschaftlichen und finanziellen Effekten der Erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein vor.“

Ich finde das nicht befriedigend, eine solche Antwort auf acht präzise Fragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einfach einmal aus der Pressemitteilung des Wirtschaftsministers vom 3. April 2008 zitieren. Dort sagt Minister Austermann:

„Neben dem energetischen Nutzen profitiert das Land auch wirtschaftlich von der Windenergienutzung.“

Wenn ich dem Bericht der Landesregierung in der Drucksache 16/1944 glaube, dann hat der Wirtschaftsminister offensichtlich keine Ahnung, wie die Effekte tatsächlich sind. Denn ausweislich des Berichts liegen ihm überhaupt keine Daten vor, die dies belegen.

Dann geht Minister Austermann in seiner Pressemitteilung vom 3. April 2008 sogar noch weiter. Er sagt konkret:

„7.000 Arbeitsplätze konnten bisher geschaffen werden, 3 Milliarden € sind in die Windenergienutzung investiert worden ...“

(Dr. Heiner Garg)

Hat er jetzt Zahlen, oder hat er keine? - Offenbar hat er ja doch Zahlen. Warum antwortet er auf die acht präzisen Fragen, die gestellt worden sind, nicht genauso präzise? Das verstehe ich nicht.

Selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen **Zahlen** vor. Milan Nitschke, Geschäftsführer des Bundesverbands Erneuerbare Energien, sagt, dass bundesweit bislang 250.000 Menschen in der Branche der erneuerbaren Energien beschäftigt sind. Kai Lippert, Regionalbeirat im Bundesverband Solarwirtschaft, sagt, dass allein der Arbeitsmarkt Photovoltaik in Schleswig-Holstein einen Zuwachs von 60 % zu verzeichnen hat.

Der **Ausbau** der erneuerbaren Energien ist ohne Zweifel ein **Wirtschaftsfaktor** für das Land. Die Unternehmen haben Tausende neue Arbeitsplätze geschaffen, vermelden traumhafte Wachstumszahlen und hohe Gewinne. Das muss auch so sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn mittlerweile sind die **Subventionen**, die die erneuerbaren Energien erhalten, bedeutend höher, als sie für Steinkohle jemals waren. Vielleicht sollte sich die Landesregierung einfach einmal etwas intensiver mit der Thematik auseinandersetzen. Dann würde es ihr auch gelingen, präzise Antworten auf präzise Fragen dieses Parlamentes zu geben.

Das gilt im Übrigen auch für den Bereich Offshore-Windparks. Was die Landesregierung in ihrem Bericht in Drucksache 16/1946 (neu) ausliefert, ist gelinde gesagt auch nicht besonders aufbauend. So heißt es zwar, dass das **POWER-Projekt** Informationen und Analysen geschaffen hat und dass sich daran weitere Aktivitäten anschließen werden. Konkret benannt, Herr Minister Austermann, haben Sie diese Aktivitäten aber nicht. Es steht also noch gar nichts fest. Ich will das nicht wirklich glauben.

Was aber offenbar jetzt bereits feststeht, ist, dass 10.500 **Arbeitsplätze** durch den **Aufbau der Offshore-Windenergie** geschaffen werden. Mit anderen Worten: Was die erneuerbaren Energien in der Vergangenheit gebracht haben - siehe Drucksache 16/1944 -, ist der Landesregierung nicht bekannt, was sie in Zukunft bringen werden - siehe Drucksache 16/1946 (neu) - allerdings sehr wohl. Finden Sie es wirklich glaubwürdig, mit dem Parlament in dieser Art und Weise umzugehen? - Ich nicht! Beide Berichte sind aus unserer Sicht mehr als dünn, und ich bezweifle, dass der Landesregierung die Zahlen und Fakten, die der Landtag abgefragt hat, wirklich nicht vorliegen.

Dann komme ich zu dem Grünbuch, über das wir ja auch gesprochen haben. Vielleicht passen Ihnen ja

die konkreten Zahlen einfach nicht, weil sie ein Bild der erneuerbaren Energien zeichnen, das in Ihr Bild mit Kohle und Kenkraft noch nicht so recht hineinpasst, Herr Minister Austermann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich hoffe wirklich, dass die Landesregierung noch einmal in sich geht und wenigstens im Ausschuss ein wenig konkreter auf die erbetene Beantwortung der gestellten Fragen eingeht. Ich finde, der Landtag hat darauf ein Recht; denn schließlich hat er auch einstimmig beschlossen, dass er diese Antworten haben will. Ich will sie jedenfalls haben.

Lassen Sie mich aus aktuellem Anlass noch auf eine, wie ich finde - der Kollege Schulze hat das angesprochen -, dramatische Entwicklung bei der **Förderung** der erneuerbaren Energien eingehen. Dass sich am vergangenen Sonntag bei einer Bürgerbefragung 58 % der Bürger von  **Eggebek** gegen die Entwicklung des Energie- und Technologieparks, gegen die Schaffung von bis zu 1.700 neuen Arbeitsplätzen und gegen die Forschung und Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien ausgesprochen haben, ist aus unserer Sicht ein herber Rückschlag für die erneuerbaren Energien. Wir hier im Landtag - ich sage das ausdrücklich auch an die Adresse der Abgeordneten von SPD und Grünen - sollten alles daransetzen, dass die neue Mehrheit in der Gemeindevertretung Eggebek dieses Projekt nicht auf Eis legt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde mir wünschen, dass wir darüber Einigkeit erzielen könnten.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg ebenfalls für die geschenkte Zeit. - Das Wort für den SSW im Landtag hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht macht - freundlich formuliert - in aller Kürze deutlich, dass die erneuerbaren Energien für uns in Schleswig-Holstein eine wirtschaftlich bedeutende Entwicklung hinter sich und auch noch vor sich haben. Angesichts dieser Tatsache wundert es schon, dass der Landesregierung keine belastbaren **Daten** zu den **wirtschaftlichen und finanziellen Effekten** der erneuerbaren Energien in

(Lars Harms)

Schleswig-Holstein vorliegen. Einer der größten und innovativsten Wirtschaftszweige im Land, und die Landesregierung hat hierzu keine belastbaren Daten! Das kann uns nicht zufriedenstellen, und das darf auch nicht so sein.

Eingangs wird in dem Bericht auf Angaben des **Bundesverbands Windenergie** verwiesen, die zwar aus dem Jahr 2006 stammen, aber dennoch deutlich machen, über welche Größenordnungen wir in Schleswig-Holstein inzwischen sprechen. Demnach beliefen sich die **privaten Investitionen** in der **Windenergienutzung** bis 2006 auf annähernd 3 Milliarden €. Ich denke, allein dies ist eine Hausnummer, die durchaus berechtigt, dass die Landesregierung ein bisschen mehr Mühe in den Bericht gesteckt hätte. Gleiches gilt aus meiner Sicht auch für die geschätzten 7.000 direkten und indirekten **Arbeitsplätze**, die bei der Windenergie entstanden sind, sowie die weiteren 1.700 Arbeitsplätze, die bei den anderen erneuerbaren Energien geschaffen wurden.

Ganz besonders profitiert die **Westküste** von dieser Entwicklung, die sich durch vorausschauendes Handeln zu einer Kompetenzregion für erneuerbare Energien entwickelt hat. Ich gehe davon aus, dass sich die Landesregierung von dieser Erfolgsgeschichte nicht abwendet. Denn wir wissen, dass die **Potenziale** in der Windenergie noch längst nicht ausgeschöpft sind, insbesondere wenn wir auf die Potenziale im Offshore-Bereich und Repowering schauen.

Daneben wird künftig aber auch die im Bericht angesprochene Ausweitung der **Eignungsgebiete** für die Windenergienutzung von derzeit 0,8 % auf circa 1 % einen neuen Schub für die Windenergiebranche bedeuten. Hierbei gehe ich davon aus, dass die Kommunen, die sich seinerzeit gegen derartige Eignungsflächen ausgesprochen haben und dies mittlerweile bereut haben, ihre Entscheidung von damals revidieren dürfen, auch wenn ein entsprechender Antrag von uns von der Großen Koalition bisher abgelehnt wurde. Denn für die **Gemeinden**, die sich für Eignungsflächen ausgesprochen haben, sind die Einnahmen aus der Windenergie ein lukratives Zubrot.

Künftig wird es darauf ankommen, die Voraussetzungen für ein planvolles Repowering zu schaffen. Vonseiten der Landesplanung benötigen wir daher **Richtlinien**, die es den Kreisen und Gemeinden ermöglichen, anhand der Vorgaben entsprechende Eignungsflächen zu prüfen, zu planen und auszuweisen. Nach dem Motto „weniger ist mehr“ würde durch das Repowering die Zahl der kleineren Wind-

energieanlagen in der Fläche abnehmen, bei gleichzeitiger **Leistungssteigerung**. Das **Repowering** der ersten Generation wird laut Bericht voraussichtlich bis 2020 abgeschlossen sein. Damit wird die bisherige Leistung nahezu verdoppelt, und das bedeutet, dass wir damit knapp 60 % des in Schleswig-Holstein verbrauchten Stroms durch Windkraft erzeugen.

Doch die derzeitigen **Abstandsempfehlungen** für die Errichtung von größeren Windkraftanlagen im Zuge des Repowerings sind teilweise ineffektiv. Dadurch verhindern sie den Rückbau vieler kleinerer Anlagen. Hier brauchen wir klare und nicht starre Vorgaben. Dabei muss die Landesregierung endlich auch sagen, wer in Zukunft für die **Windflächenplanung** zuständig sein wird - das Land, wie bisher, oder in Zukunft die Kreise.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Windenergie ist natürlich der **Offshore-Bereich**. Die Potenziale auf dem Meer sind enorm. Denn mit der Errichtung und Erschließung der derzeit in Planung befindlichen sieben Offshore-Parks sowie den bestehenden Windkraftanlagen an Land würden wir rechnerisch weit über 100 % des schleswig-holsteinischen Stromverbrauchsäquivalents produzieren, und **Schleswig-Holstein** könnte sich zum **Stromlieferanten** aus erneuerbaren Energien entwickeln. Allerdings ist es dafür notwendig, dass wir unsere **Netze** entsprechend ausbauen, dass wir sie neu gestalten und dass wir auch auf die Interessen der Bürger vor Ort Rücksicht nehmen, wenn es um diesen Netzausbau geht. Dann schaffen wir es am schnellsten. Auch das ist eine Aufgabe, die sich für die Landesregierung stellt.

Der Bericht zur **Nordseekooperation** im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien macht deutlich, dass die Offshore-Windenergienutzung auch wirtschaftlich einen enormen Effekt haben wird. Insbesondere wird in dem Bericht attestiert, dass der Standort Nordfriesland/Husum gute Voraussetzungen für die weitere Entwicklung im Offshore-Bereich mit sich bringt. Angesichts der Tatsache, dass sich der **Kreis Nordfriesland** bereits seit Jahren durch seine Windkraftkompetenz auszeichnet, überrascht einen diese Aussage nicht, sie bestätigt sie aber. Trotzdem müssen wir in diesem Bereich der Nordseekooperation weiter vorankommen. Denn ein Projekt plus ein Folgeprojekt sind einfach zu wenig. Wir müssen da mehr Energie im wahren Sinne des Wortes hineinstecken, damit die Nordseekooperation mit mehr Leben erfüllt wird. Zumindest in diesem Bereich haben wir große Chancen, auch wirtschaftlich weiter voranzukom-

(Lars Harms)

men. Da ist bisher zu wenig geschehen. Hier kann das Land möglicherweise helfen, und hier sollten wir als Land auch entsprechende Projekte in der Region anschieben.

(Beifall beim SSW)

#### Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Es ist beantragt worden, die Berichte der Landesregierung, Drucksachen 16/1944 und 16/1946 (neu), federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem zustimmen will, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so geschehen.

Dann darf ich noch einmal auf den Tagesordnungspunkt 40 zurückkommen, den ich eben mit „ohne Aussprache“ gekennzeichnet habe. - Im Hintergrund passt Herr Voss immer gut auf, dass wir hier alles richtig machen.

Ich rufe also Tagesordnungspunkt 40 auf:

#### Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Innovationsstiftung Schleswig-Holstein 2006

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1971

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung dem Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so geschehen.

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 41 auf:

#### Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2008 - Europabericht 2008

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1983

Ich erteile Herrn Europaminister Uwe Döring das Wort.

#### Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der **Europabericht** 2008 macht vor allem deutlich, dass Europapolitik konkrete Landespolitik ist. Zumindest haben wir uns darum bemüht. Wie in den vergangenen Jahren auch benennt der Bericht Perspektiven. Er definiert Ziele und ermöglicht eine Transparenz der europapolitischen Diskussion in Schleswig-Holstein. Damit befindet er sich in der Kontinuität der **Europapolitik** des Landes. Das ist übrigens eine Kontinuität, die hier in diesem Haus immer geherrscht hat. Die Übereinstimmung, die hier in den Grundfragen herrscht, ist wichtig. Wir streiten uns zwar manchmal über den besseren Weg, aber wir stellen Europa nicht infrage. Ich denke, das ist ein europapolitischer Standortvorteil des Landes, den wir auch im Rahmen der Diskussionen, die wir in Brüssel führen, nutzen sollten.

Die europapolitischen Schwerpunkte des Jahres 2008 sind teilweise auch die des vergangenen Jahres, und zwar sowohl auf europäischer Bühne als auch hier im Land. Zu nennen sind hier die Asyl- und Migrationspolitik, die Energiepolitik, über die wir eben diskutiert haben, die Klimaschutzpolitik, über die wir gestern diskutiert haben, wobei hier insbesondere der Bereich Meerespolitik zu nennen ist, sowie die Reform des EU-Vertrags. Ich möchte in der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, nicht alle Punkte wiederholen, die im Bericht enthalten sind. Der Bericht liegt Ihnen vor, und wir können alle Fragen im Ausschuss vertieft behandeln.

Im Jahr 2007 konnte unter der deutschen Ratspräsidentschaft mit der Einigung auf den Reformvertrag die Weiterentwicklung der EU vorerst zu einem wichtigen Zwischenziel gebracht werden, mit dem man bei aller berechtigten Kritik an einzelnen Punkten ganz gut leben kann. Der Vertrag bringt Veränderungen, aber er löst nicht alle Probleme. Auch seine Umsetzung wird noch einige Diskussionen zur Folge haben.

Die Chancen stehen gut, dass der Vertrag im Jahr 2008 ratifiziert wird. Die Diskussion über die weitere Entwicklung und über die Ausrichtung der EU wird jedoch weitergehen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Punkt kommen, den ich besonders ansprechen möchte. Das ist die Diskussion über den Bereich der **sozialen Dimension**. Ich begrüße es ausdrücklich, dass der Europäische Rat im Rahmen seiner Märzsession beschlossen hat, soziale Fragen wieder verstärkt auf die Tagesordnung der Lissabon-Strategie zu setzen. Die Kommission



**(Minister Uwe Döring)**

wird zudem im Juni in einer neuen Sozialagenda zeigen, ob sie die Globalisierung nur verarbeiten oder im Sinne der europäischen Idee mitgestalten will. Ich sage hier deutlich: Europa muss gleichermaßen wirtschaftliches Wachstum, sichere Arbeitsplätze und gute Löhne zum Ziel haben. Das ist für die Bürgerinnen und Bürger letztlich der erkennbare Mehrwert der europäischen Integration. Daran wird sich entscheiden, ob die europäische Idee die Legitimation und die Zustimmung erhält, die sie braucht, um die großen Herausforderungen auch wirklich bewegen zu können.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Jürgen Weber [SPD])

Ich sehe mit Sorge, dass diesen Ankündigungen bei der Kommission häufig keine Tagen folgen. Als Beispiel dient, dass wir im Protokoll zum Vertrag von Lissabon haben nachlesen können, dass den Diensten von allgemeinem Interesse zugestanden wird, den nationalen, regionalen und lokalen Behörden einen weiten Ermessensspielraum zuzugestehen. Das bedeutet aus meiner Sicht, dass der Reformvertrag durchaus unterschiedliche Modelle der Daseinsvorsorge anerkennt und respektiert. Gerade bei uns in Deutschland und in Schleswig-Holstein spielt dies eine große Rolle. Öffentliche Dienstleistungen dürfen unter dem Aspekt der Daseinsvorsorge nicht auf eine enge Interpretation hoheitlicher Aufgaben reduziert werden, wie das die Kommission offensichtlich im Auge hat. Hier muss man die Sichtweise revidieren.

Wir erleben auch bei der Rechtsprechung des EuGH, in der es immer um die Frage geht, inwieweit das EU-Binnenmarktrecht weitgehend nationalen, staatlichen oder auch gewerkschaftlichen Standards übergeordnet ist, dass dies eine Entwicklung ist, die dazu führt, dass der Binnenmarkt eine große Bedeutung und ein Übergewicht hat. Das ist richtig, zu diesem Zweck wurde die EU auch einmal als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet. Das darf aber nicht alles sein.

Ich sehe mit großem Unbehagen, wie die Balance zwischen Liberalisierung und **Binnenmarkt** auf der einen Seite und leistungsfähigen nationalen Strukturen, die wir auf der anderen Seite haben, ins Wanken gerät. Man kann schon jetzt sagen, dass wir in dieser Frage wieder in Diskussionen darüber kommen werden, wie bei uns in Deutschland die Strukturen im Bereich der **Daseinsvorsorge** organisiert sind. Dies gilt insbesondere dann, wenn es um öffentlich-rechtliche Anstalten geht. Da sind die Krankenhäuser und die Sozialversicherungen im Visier. Wir müssen hier sehr aufpassen, dass uns

dieser Prozess nicht entgleitet und dass Europa etwas anderes erschafft, als wir es hier über viele Jahre hinweg zu Recht vereinbart haben.

Ich möchte nicht einfach dafür plädieren, Schutzzräume für nationale Strukturen zu fordern, aber wir müssen sehen, dass wir in der EU im sozialen Bereich nicht alles den Regeln des Binnenmarktes und der Niederlassungsfreiheit opfern. Vielmehr muss auch die andere Seite in einer vernünftigen Balance stehen. Dafür plädiere ich. Ich plädiere auch dafür, dass wir bei europäischen Regelungen so etwas wie einen **Sozialcheck** einführen, das heißt, dass Maßnahmen im Einzelnen auch auf ihre sozialen Auswirkungen hin untersucht werden. Es reicht nicht, dass wir Vorschläge nur als sozial etikettieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Inhalt muss stimmen. Das ist eine wesentliche Position, mit der wir uns in der europäischen Politik auseinandersetzen sollten.

Ich denke, wir werden im Ausschuss ausführlich darüber beraten können. Ich freue mich auf die Ausschussberatung.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht und eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Manfred Ritzek das Wort.

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, zunächst einmal möchte ich Ihnen für Ihre Berichterstattung und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht, der sehr umfassend ist, danken. Es besteht Konsens in der Frage, dass wir in der **Europapolitik** hier in diesem Hohen Haus ein ziemlich großes Einvernehmen haben. Ich begrüße das ausdrücklich.

Sie begannen mit dem Satz, Europapolitik sei konkrete Landespolitik. Dies ist auch in dem Bericht beschrieben. Ich möchte dies etwas differenzieren. Ich möchte mit dem folgenden Satz beginnen: Europa muss noch besser erklärt werden. Das ist eine Überschrift der EU-Nachrichten von April. Nachdem ich mich ebenso wie einige andere Kollegen durch den Bericht gearbeitet habe, habe ich das Gefühl, dass die **Europäische Union** ein verdammt

(Manfred Ritzek)

schwieriges Gebilde ist. Sie umfasst einen Prozess der Gestaltung, der umfassend nur noch von Experten beherrscht und mitgestaltet werden kann.

In der zweiten Hälfte des Berichts finden wir uns wieder. Dort ist Schleswig-Holstein wieder erwähnt. Hier atmet man richtig auf. Hier sind Maßnahmen und Initiativen genannt, die wir weiter forcieren wollen.

Sie haben eben einen durchaus kritischen Kommentar abgegeben. Der Bericht beginnt mit einem etwas weniger ermutigenden Satz. Ich zitiere:

„Die anhaltende Tendenz, die EU als Nutzungsgemeinschaft zugunsten der Verfolgung eigener Interessen einzusetzen, wird trotz der Unterzeichnung des Reformvertrages und der Aussicht auf seine Ratifizierung ein einheitliches Vorgehen der EU im Sinne einer Integrationsgemeinschaft weiterhin erschweren.“

Gern habe ich diesen Satz nicht gelesen, aber es ist wohl so, dass wir damit leben müssen. Es ist gut, dass wir das **Hanse-Office** haben, das die Aufgaben der Kooperation, der Koordination und des effektiven Frühwarnsystems über institutionelle, ordnungspolitische und gesetzgeberische europäische Entwicklungen bereits in der Phase der Meinungsbildung in der EU-Kommission wahrnimmt. Wir haben zum Glück zwei Europaabgeordnete, die auch Landesinteressen einbringen. Wir haben den **Ausschuss der Regionen**, in dem auch Sie maßgeblich engagiert sind, der länderspezifische Belange insbesondere bei der Entwicklung von neuen Verordnungen rechtzeitig auf deren Machbarkeit, Wirksamkeit und Finanzierbarkeit - auch unter dem Aspekt der Subsidiarität - vertritt.

In dem Bericht werden einige Beispiele genannt, bei denen wir relativ wenig Aktions- und Einflussmöglichkeiten haben. Als Beispiele nenne ich die Konsultation zum Grünbuch über die handelspolitischen Instrumente der Europäischen Union in einer sich wandelnden globalen Wirtschaft. Ich komme darauf noch zu sprechen. Weitere Beispiele sind die Heranführung der Balkanstaaten an die Europäische Union sowie die Diskussion über eine autonome Einnahmequelle der Europäischen Union, die - so steht es auch im Bericht - Gott sei Dank von allen Bundesländern abgelehnt wird.

In dem Bericht gibt es einige Passagen, die durchaus Sprengstoff beinhalten. Sie enthalten besonders für uns Sprengstoff, weil wir in diesen Bereichen nur geringe Einflussmöglichkeiten haben.

Wir müssen hinnehmen, was dort endgültig entschieden worden ist.

Ich komme zu einer Passage über die **Wirtschaft** in der globalisierten Welt. Angesprochen wurden die handelspolitischen Schutzinstrumente und damit die Frage, ob Anti-Dumping-Zölle weiterhin gegen Billigimporte aus Drittländern erhoben werden sollen. Der zuständige Kommissar ist dagegen, weil er sagt, in einer Zeit der Produktionsverlagerung und der Globalisierung sei das nicht mehr nötig. Die endgültige Ausgestaltung der handelspolitischen Klauseln ist in der Diskussion, die nicht leicht sein wird. Wenn diese Diskussion aber geführt wird, dann ist es nach meinem Verständnis auch notwendig, dass sie auch die Herstellungsbedingungen für globale und vergleichbare Produkte als Kriterium für den freien Warenverkehr beleuchtet. Wir haben schon vor zwei Tagen darüber gesprochen.

Wenn unwürdige Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit, Vernichtung von Ressourcen und Missachtung von Umwelt- und Sicherheitsstandards zu Billigprodukt-Angeboten führen, sind Schutzklauseln für die nationalen Wirtschaften, die sich der Beachtung dieser Standards unterwerfen, doch nicht einfach vom Tisch zu wischen.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Meine Damen und Herren, konzentrieren wir uns auf unsere Schwerpunkte, in die auch unser Minister hervorragend integriert ist, auf die Vertiefung der Partnerschaften im Ostsee- und Nordseeraum, auf die Gestaltung der INTERREG-Projekte, auf die Mitlösung des Flexicurity-Systems, auf unsere Führerschaft in der maritimen Wirtschaft. Betrachten wir uns als Zentrale des Projekts Landstromversorgung von Schiffen. Werden wir unschlagbar in maritimer Wissenschaft, Forschung und Entwicklung modernster Schiffsmotoren und Sicherheitstechnologie, bauen wir unsere Spitzenposition in moderner regenerativer Energietechnik aus, werden oder bleiben wir Mitworfürer bei der Lösung von Eutrophierungs-, Überfischungs- und Sicherheitsproblemen.

Der Bericht nimmt uns nicht überall mit, weil natürlich Themen angesprochen sind, bei denen wir nicht aktiv sind. Aber dort, wo wir aktiv sein können, sind wir für die Zukunft herausgefordert. Und das wollen wir gern mit Ihnen, Herr Döring, mitgestalten. Ich beantrage die Überweisung in den Europausschuss.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Ritzek. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Rolf Fischer.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Schnell, wir wollen nach Hause! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Hallo! Das ist ein Kernthema!)

**Rolf Fischer [SPD]:**

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Wolfgang Baasch, der vorliegende Europabericht macht für alle in diesem Hause einmal mehr deutlich, dass Staaten und Regionen **Europapolitik** nicht länger als Teil von Außenpolitik auffassen sollten. Dafür gibt es zwei Belege. Erstens bezieht sich die nationale Außenpolitik immer stärker auf Nicht-EU-Staaten. Zweitens sieht der **Vertrag von Lissabon** vor, dass es eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik für Europa geben soll. Für uns bedeutet dies: Europapolitik wird immer stärker zum Feld einer eigenständigen, neuen - ich möchte es einmal nennen - Nachbarschaftspolitik, die wir als Land Schleswig-Holstein noch stärker als bisher vertiefen sollten. Deshalb ist es kein Zufall, wenn der Reformvertrag gerade die Regionen stärker in die Verantwortung nimmt.

Wir begrüßen die mit großer Mehrheit getroffene Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag vor wenigen Wochen. Ich will aber auch deutlich sagen, dass mich die einzelnen sehr negativen, fast europafeindlichen Äußerungen zum Vertrag und damit zum europäischen Integrationsprozess nicht sehr befriedigt haben. Das ist rückwärtsgewandt und ohne Perspektive, denn eines muss klar sein: Ein Rückfall in Kleinstaaterei ist vor dem Hintergrund der **Globalisierung** die schlechteste Lösung und politisch nicht verantwortbar.

(Beifall der Abgeordneten Anette Langner [SPD] und Hans Müller [SPD])

Zurück zum Vertrag und zum Bericht: Wir begrüßen es außerordentlich, dass die Rechte des Europäischen Parlaments in dem Reformvertrag gestartet wurden. Wir begrüßen, dass die Subsidiarität gestärkt wurde. Das gilt auch für die nationalen und regionalen Parlamente. Und wir begrüßen, dass das europäische Bürgerbegehren - um hier ein Stichwort zu nennen - Realität geworden ist. Das ist bürgernahes Europa, und das ist der richtige Weg, ein Europa der Akzeptanz und des Engagements zu schaffen.

Die neue Sozialstaatsklausel, die Teil der neuen **sozialen Dimension** Europas ist, nimmt endlich einen Bereich auf, der in den bisherigen Entwicklungen zu wenig beachtet wurde - nicht so sehr, weil sich Europa um dieses Feld nicht kümmern wollte, sondern weil die Nationalstaaten hier immer große Vorbehalte angemeldet haben.

Ich stimme aber mit dem Minister überein - und ich sehe da eine gemeinsame Linie -: Wir werden Europa nur verwirklichen, wenn soziale Gerechtigkeit, soziale Daseinsvorsorge und die Wahrung einiger grundlegender Prinzipien gewährleistet sind.

Zu diesen Prinzipien gehören die Förderung hoher Beschäftigung, die Sicherung arbeitsrechtlicher Schutzmechanismen, aber auch - um nur zwei zu nennen - die Förderung der allgemeinen und beruflichen Bildung und des Gesundheitsschutzes.

Der Europabericht verweist auf diese Punkte und stellt die Problematik der sozialen Dimension deutlich dar. Der Minister hat es angesprochen.

Ich möchte einen Punkt aufnehmen. Der Bericht verweist auf den sogenannten Flexicurity-Ansatz der EU-Kommission und stellt ihn in einen nationalen und landespolitischen Zusammenhang. Diesen Ansatz teilen wir und sehen darin einen wichtigen Aspekt anstehender Diskussionen.

Das Thema ist hoch kontrovers und muss in seinen beiden Bestandteilen bewertet werden, das heißt, die geforderte Flexibilität darf nicht auf Kosten von sozialer Sicherheit der Arbeitnehmer gehen. Europa überlässt es im Übrigen den Mitgliedstaaten, eine je spezifische Flexicurity-Lösung festzulegen. Das ist deshalb ein guter Ansatz, weil wir von den Erfahrungen unserer Nachbarn an der Ostsee lernen können.

Die Rahmenbedingungen für diese Strategie sind die Aufforderung zum lebenslangen Lernen, zu aktiveren arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, zu verlässlichen vertraglichen Vereinbarungen und zur Förderung von Systemen der sozialen Sicherung. **Flexicurity** darf aber nicht als Instrument zur Lockerung des Kündigungsschutzes und zum Abbau sozialrechtlicher Absicherung der Arbeitnehmer verstanden werden.

(Beifall bei SSW und vereinzelt bei der SPD)

Insofern müssen wir diese Debatte auch hier in Schleswig-Holstein führen. Der Europabericht spricht diesen Punkt an. Ich freue mich - und sage das nur als Stichwort -, dass auch die Nordseezusammenarbeit erkennbare Früchte trägt.

**(Rolf Fischer)**

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Das ist keinesfalls selbstverständlich, weil wir es eben mit einer anders strukturierten Region als der Ostsee zu tun haben.

Es wird deutlich, dass INTERREG hier große Chancen bietet.

Lassen Sie mich zum Schluss dem Ministerium für den Bericht danken, der deutlich macht, dass nicht nur eine Datensammlung vorgelegt wurde, sondern auch Perspektiven aufgezeigt wurden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Die Arbeit am sozialen Europa, die für uns von hoher politischer Priorität ist, wird durch diesen Bericht einfacher. Es bleibt die Notwendigkeit, die Detailarbeit im Ausschuss zu vertiefen. Das wollen wir tun. Der Bericht ist eine gute Grundlage dafür.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Rolf Fischer. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung neigt sich nun unabänderlich dem Ende entgegen.

(Zuruf: Schade!)

Da geht mir doch durch den Kopf, dass ich in dieser Plenartagung wirklich etwas vermisste, was uns sonst in den Plenarsitzungen der vergangenen Monate immer begleitet hat.

(Holger Astrup [SPD]: Kubicki!)

Bislang erklang noch nicht die machtvolle Stimme des Fraktionsvorsitzenden der SPD in diesem Hohen Hause. Hat irgendein unbekanntes Ereignis den Herrn Kollegen Dr. Stegner vorübergehend sprachlos gemacht?

(Zurufe - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die Vorfreude auf Ihre Rede!)

- Wunderbar!

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Zu welcher Sache sprechen Sie, Herr Dr. Klug?

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Es ist erst wenige Tage her, dass der Bundesrat den **EU-Vertrag von Lissabon** gebilligt hat, leider ohne die Stimme Berlins, weil der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit mehr Angst vor einer rot-roten Regierungskrise als den Mut hatte, sich deutlich für Europa auszusprechen. Honi soit qui mal y pense - ein Schuft, der Böses dabei denkt.

Wir sind aber alles in allem in Sachen Europa auf einem guten Weg. Das Ende der langen Krise, die in der Europäischen Union nach dem Scheitern der Referenden in Frankreich und in den Niederlanden begonnen hatte, ist nun greifbar nah. Dies alles vollzieht sich relativ geräuschlos, denn der Feuereifer, für Europa mit Begeisterung einzutreten, scheint in weiten Teilen der Gesellschaft verflogen zu sein. Europa ist heute weitgehend für die Menschen eine Selbstverständlichkeit. Je größer es geworden ist, desto mehr ist die Gemeinschaft herbeiverhandelt und herbeigeregelt worden. Dies schürt verbreitet eine desinteressierte, in Teilen sogar mittlerweile abwehrende Haltung. Aber wir brauchen dieses Ja zu Europa, ein Ja zu einer funktionierenden, funktionsfähigen Gemeinschaft, die in der Lage ist, wieder größere **Akzeptanz** bei den Bürgern zu erreichen. Umso mehr ist es aber unsere Aufgabe gerade hier im Landtag, für die Europaidée stetig weiter zu werben und auch darüber zu informieren, was die **europäische Integration** für unser Land bedeutet. Der Europabericht 2008 der Landesregierung, für dessen Erarbeitung ich allen Beteiligten an dieser Stelle danken möchte, bietet dazu eine gute Gelegenheit.

(Beifall bei der FDP)

Zu einem bereits bekannten, aber nach wie vor aktuellen Themenschwerpunkt der Europapolitik in Schleswig-Holstein gehört sicherlich das Ziel einer besseren Rechtsetzung. Dahinter verbergen sich die bekannten Themen von Abbau der Bürokratie - auch auf Landesebene ein proklamiertes Ziel -, von Abbau unnötiger Regelungsdichte, von erleichtertem Umgang mit Verwaltungsregelungen. Dahinter verbirgt sich aber auch die Strategie zu verbesserter Wettbewerbsfähigkeit, denn die genannten Vereinfachungsmaßnahmen, die angestrebt werden - gerade auch in Brüssel -, sollen insbesondere zu Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen und damit zum Wohl der Bürger und der Unternehmen in der Europäische Union beitragen.

(Dr. Ekkehard Klug)

In Schleswig-Holstein steht dabei vor allem die Umsetzung der **EU-Dienstleistungsrichtlinie** im Vordergrund. Der Bericht thematisiert dies auf Seite 50. Mit dieser Richtlinie werden die Genehmigungsverfahren für Dienstleistungen europaweit vereinfacht, und zwar so weit vereinfacht, dass es für die Antragsteller nur noch einen einheitlichen Ansprechpartner gibt, von dem die antragstellenden Bürgerinnen und Bürger der EU innerhalb einer angemessenen Frist alle notwendigen Genehmigungen erhalten. Auch in Schleswig-Holstein soll das so sein, und das soll auch über das Internet möglich werden; so ist es jedenfalls vorgesehen. Der Zeitpunkt, zu dem diese EU-Dienstleistungsrichtlinie umgesetzt sein muss, nämlich Ende 2009, rückt immer näher. Es bleibt zu hoffen, dass die Vorarbeiten, die in Schleswig-Holstein auf Landesebene im Bereich der Landesregierung dazu bislang auf den Weg gebracht worden sind, letzten Endes auch zum Erfolg führen.

Der aktuelle Bund-Länder-Musterentwurf zur Änderung verfahrensrechtlicher Vorschriften zur Umsetzung dieser EU-Richtlinie verheißt allerdings nichts Gutes. Wir brauchen aber eine überschaubare und vereinfachte Form der Rechtsetzung und Verwaltung, wenn wir die Europamüdigkeit - die auch im Bericht der Landesregierung anklingt - überwinden und dazu beitragen wollen, dass sich wieder mehr Akzeptanz für die europäische Integration bei den Bürgern entwickelt.

Meine Damen und Herren, in einer Reihe von Punkten spricht der Bericht wichtige Themen an, die wir in der Ausschussberatung im Detail noch behandeln können. Der weite Komplex der Ostseezusammenarbeit wird Gegenstand eines eigenen Ostseeberichts sein, deshalb habe ich mich an dieser Stelle nicht zu dieser Thematik geäußert.

(Beifall bei FDP und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir danken der Landesregierung und insbesondere Minister Döring für den umfassenden und interessanten Bericht. Wir haben an einigen Stellen

Dinge zu ergänzen und zu verbessern, so etwa die Einschätzung des **Lissabon-Vertrags**. Dieser Vertrag ist aus unserer Sicht der Auftakt für weitere Reformen in Richtung eines ökologischen und sozialen Europa. Es handelt sich jedoch nicht um ein abgeschlossenes Werk. Hier gibt es noch viel zu tun. Wichtig ist uns zum Beispiel, dass EURATOM abgeschafft wird - vielleicht bis auf den Aufgabenbereich der Überwachung radioaktiver Stoffe in Europa, bei denen wir nach wie vor der Ansicht sind, dass deren Besitz und Verbleib in Europa auf europäischer Ebene kontrolliert werden muss.

Zur Klimapolitik, Herr Minister Döring, vielleicht noch eine Anmerkung: Wir haben auf Bundesebene einen Parteitagsbeschluss, in dem wir uns dafür einsetzen, dass in Europa die elektrischen Netze massiv ausgebaut werden sollten, allerdings mit Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung. Dabei handelt es sich um das sogenannte Supergrid, das notwendig ist, um regenerative Energiepotenziale zu erschließen, und zwar an den Standorten, wo es besonders lohnend ist, diese zu produzieren, sowohl in Bezug auf die Kosten als auch auf die Menge.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das, meine Damen und Herren, ist eine wesentliche Strategie, um in Zukunft Europa regenerativ versorgen zu können.

Die Wissenschaftler, die sich mit diesen Szenarien beschäftigt haben, kommen dabei auch in ökonomischer Hinsicht zu hochinteressanten Ergebnissen. Ich nenne Studien, die etwa eineinhalb Jahre alt sind und zu dem Ergebnis kommen, dass wir **Europa** dann zu 100 % mit **regenerativer Energie** versorgen könnten, und zwar zu einem Preis von 5,5 ct für Erzeugung und Transport. Das ist ein Preisszenario, das durch Energieproduktion aus fossilen Brennstoffen und aus Atomkraft absehbar nicht erreicht werden kann. Insbesondere gilt dies, wenn diese Energie aus neu zu bauenden Anlagen generiert werden soll.

Meine Damen und Herren, es wurde schon gesagt, dass wir aufgrund dessen, dass wir andere Tagesordnungspunkte vorgezogen haben, die Zeit schon etwas überschritten haben. Viele Kollegen haben bereits auf Dinge hingewiesen, die ich hier vielleicht mit schöneren Worten wiedergeben könnte, jedoch im Inhalt nicht weit davon abweichen würde. Ich komme daher zum Schluss. Ich danke für den Bericht, und ich danke auch der Frau Präsidentin.

(Detlef Matthiessen)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Ingrid Franzen:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Matthiessen. - Das Wort für den SSW hat nun die Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt „sonne und solche“ Berichte. Der Europabericht ist aber immer lesenswert. Herr Minister, Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir auch für diesen Bericht.

Am letzten Freitag hat der Bundesrat dem **EU-Reformvertrag** zugestimmt. Damit ist der deutsche Ratifizierungsprozess für den Vertrag von Lissabon fast abgeschlossen - nur fast, weil ja zwei Bundestagsabgeordnete, nämlich Diether Dehm von der Partei Die Linke und Peter Gauweiler von der CSU, gegen diesen Vertrag vor dem Bundesverfassungsgericht klagen wollen. Allerdings ist es zweifelhaft, ob sie Erfolg haben werden. Denn schon bei der viel weiter gehenden EU-Verfassung, die vor drei Jahren beschlossen wurde und am Ende durch die Volksabstimmungen in Frankreich und Holland scheiterte, sind entsprechende Klagen vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen worden.

Außer in Irland wird es in keinem Land Volksabstimmungen über den neuen EU-Reformvertrag geben. Auch nördlich der Grenze sind sich die Regierung und die sozialdemokratische Opposition darüber einig, dass dieser Vertrag nicht durch eine **Volksabstimmung** beschlossen werden soll.

Das ist bedauerlich. Der SSW hält jedenfalls immer noch Volksabstimmungen bei wesentlichen Änderungen der EU-Rahmenbedingungen für unabdingbar, um die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern für Brüsseler Entscheidungen zu verbessern.

Sollte das traditionell EU-freundliche Irland zustimmen, wird dieser neue EU-Vertrag wohl ohne Probleme bis 2009 in allen Ländern ratifiziert werden können. Aus dem Europabericht 2008 geht aber hervor, dass damit die Probleme der EU bei Weitem nicht gelöst sind. Im Gegenteil: Der Bericht der Landesregierung zeigt einige der Probleme auf, die sich vielleicht mit den neuen Rahmenbedingungen abmildern lassen, aber dennoch nicht grundlegend geändert werden.

Denn es ist eine Tatsache, dass es - das klang vorhin bereits an - in der EU mit 27 Mitgliedsländern nicht einfacher wird, effiziente und transparente Entscheidungen zum Wohl der Menschen in Europa zu treffen. Zu unterschiedlich sind die Erwartungen und Herangehensweisen der einzelnen Mitgliedsländer. Der Trend scheint laut Europabericht dahin zu gehen, dass die Durchsetzung nationaler ökonomischer Interessen immer öfter den Gemeinwohlinteressen vorgezogen wird.

Bei allen berechtigten Forderungen, die auch der Landtag immer an die gerechte Verteilung der Mittel aus EU-Investitionsprogrammen stellt, ist dies aber grundsätzlich keine gute Entwicklung. Die Zusammenarbeit in der Europäischen Union sollte zwar nicht zentralistisch oder bürokratisch geregelt sein, aber ein Mindestmaß an gemeinsamen europäischen Entscheidungen bei den wichtigen Aufgaben muss schon vorhanden sein, sonst wird sich die EU in absehbarer Zeit selbst überleben.

Anders formuliert: Wenn wir vermeiden wollen, dass in einer EU mit 27 Mitgliedstaaten neue nationalistische Töne aufkommen - ich rufe in Erinnerung, wie in Polen vor der letzten Parlamentswahl diskutiert wurde -, wenn es nicht dazu kommen soll, dass die EU immer als Bösewicht für nationale Probleme dargestellt wird, dann müssen wir auch daran denken, dass weiterhin für mehr **Akzeptanz** gesorgt wird und dass Entscheidungsprozesse wirklich transparent sind.

Insbesondere bei den aus meiner Sicht entscheidenden Herausforderungen an ein **soziales Europa** sieht der SSW große Probleme auf uns zukommen. Wenn der Europäische Gerichtshof im Namen des freien Binnenmarkts das niedersächsische **Tarifreuegesetz** kippt, dann müssen wir aufpassen. Man kann nicht auf der einen Seite von einem sozialen Europa reden und auf der anderen Seite soziale Errungenschaften wegen des EU-Rechts abbauen. So schafft man vor Ort kein Vertrauen in die Brüsseler Politik.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist natürlich auch, dass, wie der Kollege Fischer bereits angesprochen hat, Flexicurity aus zwei Wörtern besteht, nämlich aus Flexibility und Security. Man kann hier keine Rosinenpickerei betreiben.

Diese Beispiele zeigen für den SSW wieder einmal, dass alle vernünftigen Kräfte sich gemeinsam für ein soziales Europa einsetzen müssen. Daher würden wir uns schon freuen, und wir wünschen es uns, dass sich die Landesregierung nicht nur in Berlin,

**(Anke Spoorendonk)**

sondern auch bei ihren europäischen Partnern - auch im Ausschuss der Regionen - für entsprechende Änderungen der EU-Bestimmungen einsetzt. Das Tarifreuegesetz muss erhalten bleiben. Wenn es nicht anders geht, dann muss man eben darauf hinwirken, dass das EU-Recht geändert wird.

Die Landesregierung will sich in Zukunft verstärkt der frühzeitigen Beobachtung und Bewertung von Planungen der EU-Kommission widmen. Dies ist, denke ich, auch notwendig. Auch der Landtag muss sich ja verstärkt mit Subsidiaritätskontrolle befassen. Das heißt, wir müssen sehen, wie wir unseren Einfluss rechtzeitig geltend machen können, wie wir also in die Entscheidungsprozesse eingreifen können.

Ich will jetzt nicht auf weitere Themen eingehen, denn ich sehe, dass meine Redezeit abgelaufen ist. Folgende Stichworte möchte ich noch kurz nennen: Aktionsplan für integrierte Meerespolitik - dazu haben wir ja in den vergangenen Landtagsdebatten immer wieder etwas gesagt. Ich glaube, dass das auch weiterhin im Ausschuss ein Thema sein wird und sein muss. Da ist Schleswig-Holstein auf einem guten Weg. Auch die Zusammenarbeit im Ostseeraum ist für Schleswig-Holstein weiterhin ein wichtiges Thema und gehört aus Sicht des SSW zu den Kernbereichen der Landtagsarbeit. Aber auch das werden wir im Ausschuss miteinander besprechen können.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht Drucksache 16/1983 dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich darf dem Hohem Hause geschäftsleitend mitteilen, dass Tagesordnungspunkt 46 - Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz 2008 - einvernehmlich auf Juni verschoben worden ist.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 42 auf:

**Verfassungsschutzbericht 2007**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1997

Für die Landesregierung hat der Herr Innenminister Lothar Hay das Wort. Der Regierung steht eine Redezeit von zehn Minuten zur Verfügung, allen übrigen fünf Minuten.

**Lothar Hay, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bekämpfung des Extremismus bleibt eine dauerhafte Aufgabe der freiheitlichen Demokratie. Dies macht der Verfassungsschutzbericht 2007 deutlich.

Im **Rechtsextremismus** haben sich im vergangenen Jahr auffällige Veränderungen vollzogen. Die **NPD** hat sich bundesweit zur größten Organisation mit den meisten Mitgliedern im Rechtsextremismus entwickelt. Neonationalsozialisten und der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein sind miteinander verschmolzen. Besonders hervorzuheben ist: Der Anteil des als aktionistisch zu bezeichnenden Personenpotenzials hat sich seit Mitte der 90er-Jahre bei einer etwa gleich hohen Gesamtzahl in etwa verdreifacht und liegt nunmehr bei drei Viertel.

Diese Kräfteverschiebung erfordert unsere besondere Wachsamkeit. So war auch bei den Demonstrationen am 1. Mai in Hamburg nicht nur die erwartete hohe Gewaltbereitschaft im linken Spektrum, sondern auch das Agieren autonomer Nationalisten, „schwarzer Block“ von Neonazis im rechten Spektrum zu registrieren. Dies stellte in Teilen eine neue Qualität in der gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts bis hin zu Gewaltexzessen dar.

Mit ihrem Bundesparteitag am vergangenen Wochenende wurde die extremistische Ausrichtung der NPD wieder einmal mehr als deutlich. Mit Jürgen Rieger aus Hamburg ist ein Vertreter des militanten, offenen neonazistischen Flügels nunmehr stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD.

Die NPD wurde entgegen der Erwartungen nach vielen Jahren wieder zur mitgliederstärksten und dominierenden rechtsextremistischen Organisation in Schleswig-Holstein. Erreichen konnte sie diesen Zustand durch die Einbeziehung der überwiegend jungen neonationalsozialistischen Kräfte. Der Mitgliederanstieg auf Bundesebene von 7.000 auf 7.200 war nur gering. In Schleswig-Holstein konnte die Partei keinen weiteren Zulauf erreichen und hat weiterhin etwa 240 Mitglieder. Besorgniserregend ist, dass es der Partei zu gelingen scheint, sich vor allem in ländlich geprägten Regionen als Auffangbecken für politisch bislang nicht engagierte, sich

**(Minister Lothar Hay)**

aber im rechtsextremistischen Umfeld bewegende Jugendliche und junge Erwachsene zu präsentieren.

Der Wegfall der Fünf-Prozent-Sperrklausel hat die Partei in den letzten Wochen allerdings noch dazu animiert, in mehr Regionen als ursprünglich geplant zur Kommunalwahl anzutreten. Aus meiner Sicht ist es mehr als nur ein Ärgernis, dass sie zukünftig mit je einem Mandat in Kiel und im Kreistag des Kreises Herzogtum Lauenburg vertreten sein wird.

Durch die Diskussion über die NPD wird leicht übersehen, dass es den größten Teil des Zuwachses des aktionistischen Potenzials nicht bei ihr, sondern in der Subkulturszene gibt. Deren Anzahl ist von 660 auf 740 Personen angewachsen. Um diese Entwicklung zu bekämpfen, bedarf es eines couragierten Handelns der Gesellschaft, der Politik, der Justiz und der Verwaltung.

(Beifall im ganzen Haus)

In der Vergangenheit konnten gefährliche Entwicklungen in einigen Regionen Schleswig-Holsteins durch das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich unterbunden werden. Das Beispiel Rieseby im Kreis Rendsburg-Eckernförde ist ein Beispiel, das auf andere Regionen des Landes übertragen werden sollte, Herr Kollege Neugebauer. Aus meiner Sicht gilt es, den Rechtsextremismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Dazu sind alle Demokraten verpflichtet.

(Beifall im ganzen Haus)

Der Verfassungsschutzbericht gibt auch die Polizeistatistik über politisch motivierte Gewalttaten wieder. Zumeist handelt es sich dabei um Körperverletzungsdelikte. Diese Zahl war erfreulicherweise leicht rückläufig: Sie ging von 65 im Jahr 2006 auf 59 im Jahr 2007 zurück. Auch bei den übrigen Straftaten, zumeist Propagandadelikten, gab es einen Rückgang von 445 auf 381 Fälle.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Bereich des **Linksextremismus** hat das Jahr 2007 im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel in Heiligendamm gezeigt, dass zu bestimmten Themen oder Anlässen eine beachtliche Anzahl gewaltbereiter Personen dieses Lagers mobilisiert werden kann. Dies fordert die Sicherheitskräfte in besonderer Weise heraus. Unverkennbar war das Bemühen, eine möglichst professionelle Planung und Organisation von Protesten unter Federführung des undogmatischen Spektrums sicherzustellen. Schleswig-Holsteinische Aktivisten der Gruppierung „Avanti-Projekt dogmatische Linke“ waren maßgeblich in die Vorbereitungen eingebunden. Zwar gelang es

der linksextremistischen Szene nicht, eine einheitliche Protestfront aufzubauen, doch gab es mehrere Mobilisierungsbündnisse, die in Teilen zusammenarbeiteten. Die erhoffte durchgängige Einbindung möglichst vieler nicht extremistischer Gruppierungen erwies sich aber als wenig erfolgreich, vieles lief nicht mit, sondern nebeneinander.

Auf Bundesebene hat sich die Anhängerschaft der Linksextremisten wieder geringfügig um 100 Personen von 30.700 auf 30.800 Personen erhöht. Auch in Schleswig-Holstein steigerte sich ihre Anzahl gegenüber dem Vorjahr von 820 auf nunmehr rund 850 Personen. Die gewaltbereite undogmatische linksextremistische Szene verfügt landesweit über rund 350 Anhänger.

Der Zuwachs um etwa 30 Personen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass vorwiegend junge Leute im Zuge der Gegenveranstaltung zum G8-Gipfel in Heiligendamm den Anschluss an die gewaltbereite autonome Szene gefunden haben.

Im Jahr 2007 sind für Schleswig-Holstein 236 Straftaten, davon 38 Gewaltdelikte im Bereich der linksextremistisch motivierten Kriminalität registriert worden. Die Zahl der Straftaten hat sich im Vergleich zu 2006 erhöht, bewegt sich aber in der bekannten Schwankungsbreite der letzten Jahre. Gewalttätige Aktionen gegen rechtsextremistische Veranstaltungen in Lübeck, Bad Bramstedt und Neumünster sowie Sachbeschädigungen im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel haben im Vorjahresvergleich zu einem Wiederanstieg beigetragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Bereich des **Ausländerextremismus** zeigte das zurückliegende Jahr erneut, dass sich Deutschland und deutsche Interessen im Ausland im Visier des internationalen Terrorismus befinden. Dass islamistische Terroristen auch weiter willens und in der Lage sind, in Europa opferreiche Großanschläge zu verüben, belegen die versuchten Anschläge in London und Glasgow im Sommer sowie die Festnahmen von Terrorverdächtigen in verschiedenen europäischen Staaten. Im September des letzten Jahres demonstrierten die Festnahmen von drei Terrorverdächtigen im Sauerland, wie dicht abstrakte und konkrete Gefährdung beieinanderliegen können.

In Schleswig-Holstein sind islamistisch-terroristische Strukturen unverändert nicht erkennbar. Wir müssen aber davon ausgehen, dass auch bei uns einzelne Personen leben, die sich von der Ideologie des internationalen Dschihad gegen die westliche Werteordnung angesprochen fühlen. Insbesondere wurde durch den Verfassungsschutz eine unstrukturierte



**(Minister Lothar Hay)**

rierte Anhängerschaft der irakischen Terrorgruppe „Ansar al-Islam“ festgestellt. Es ist davon auszugehen, dass diese Personen die Szene zumindest finanziell, mit Sachmitteln und personell unterstützen könnten. Ansar al-Islam ist eine Gruppierung, die sich weiter bemüht, im kurdischen Teil des Irak einen islamistischen Staat zu errichten, der mit dem ehemaligen Talibanregime in Afghanistan vergleichbar ist.

Die Zahl der Mitglieder extremistischer Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein lag im vergangenen Jahr mit 1.735 Personen nahezu unverändert auf dem Niveau des Jahres 2006. Den größten Anteil stellen türkische Organisationen mit 980 Personen, darunter 480 Islamisten und 450 extreme Nationalisten. Kurdische Nationalisten, kurdische Organisationen kommen auf 650 Mitglieder.

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht, meine sehr verehrten Damen und Herren, macht deutlich: Wir sind eine wehrhafte Demokratie. Der Staat hat bewiesen, dass er die Gegner des Rechtsstaates mit den Mitteln des Rechtsstaates erfolgreich bekämpfen kann. Dazu bedarf es auch in Zukunft weiterhin großer Anstrengungen und einer engagierten Arbeit. Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern - vor allen Dingen Vorpommern - zeigt, dass wir auch in Schleswig-Holstein wachsam sein müssen, gerade was die Bekämpfung des Rechtsextremismus betrifft. Dann sind wir auf dem richtigen Weg. Ich gehe davon aus, dass dies in großer Geschlossenheit im Hohen Hause auch in Zukunft möglich sein wird.

(Beifall)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Vielen Dank, Herr Minister Hay. - Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Peter Lehnert das Wort.

**Peter Lehnert [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke dem Innenminister für den ausgewogenen Bericht. Es wird erneut deutlich, dass wir entschlossen gegen jede Art des Extremismus vorgehen müssen, um den demokratischen Rechtsstaat zu schützen.

Der Verfassungsschutz wird mit dem vorgelegten Bericht seiner Verpflichtung gerecht, über Gefahren für die freiheitliche Grundordnung zu informieren. Gleichzeitig liefert er ein aufschlussreiches Dokument und listet jene Aktivitäten auf, die unsere Gesellschaftsordnung gefährden. Alle demokrati-

schen Kräfte sind deshalb aufgefordert, gemeinsam den Rechtsstaat und seine Werte zu verteidigen und dazu alle zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mittel einzusetzen.

Der Verfassungsschutzbericht macht deutlich, dass wir extremistischen Tendenzen in unserem Land gegenüber nach wie vor wachsam sein müssen. Dies gilt vor allem für Rechtsextreme, die in erheblichem Maße Gewalt ausüben. Dabei sind insbesondere junge Männer, die sich benachteiligt fühlen, anfällig für rechtsradikale Propaganda. Hier müssen wir alle aktiv gegensteuern.

Der Versuch, sich bei Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu positionieren, ist ein neues, durchsichtiges Manöver rechtsradikaler Gruppierungen, um Ängste zu schüren und diese für ihre Ziele auszunutzen. Der nachhaltige Rückgang der Arbeitslosenzahlen, insbesondere bei jungen Menschen, und die erneute deutliche Zunahme an Ausbildungsplätzen in Schleswig-Holstein sind in diesem Zusammenhang besonders erfreulich, weil sie eine konkrete Zukunftsperspektive aufzeigen. Gerade für Jugendliche gilt: Sozial ist, was Arbeit schafft. Das entzieht Extremisten den Nährboden für ihre polemische Agitation.

Festzustellen bleibt, dass rechtsradikale Parteien bei den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land weder nennenswerten Zulauf noch irgendeine Chance haben. Die Kommunalwahlergebnisse zeigen eindrucksvoll, dass die Propaganda der Neonazis in Schleswig-Holstein auf wenig fruchtbaren Boden fällt.

(Beifall)

Die Zahl der **Rechtsextremisten** in Schleswig-Holstein hat sich gegenüber 2006 nur unwesentlich verändert. Der Verfassungsschutz registrierte circa 1.400 Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Organisationen. Straftaten, die dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet werden, sind geringfügig zurückgegangen. Auch bei den Gewalttaten ist ein Rückgang zu verzeichnen. Als beruhigend ist dieser rückläufige Trend dennoch nicht zu bezeichnen, weil die Gesamtzahl der politisch motivierten Straftaten immer noch auf einem sehr hohen Niveau liegt.

Einer Abnahme rechtsextremistischer Straftaten steht allerdings eine exakte Verdoppelung linksextremistischer Straftaten gegenüber, und auch die Zahl linksextremistischer Gewaltdelikte ist 2007 gegenüber 2006 angestiegen und nähert sich der Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten an. Dieser exorbitante Anstieg steht sicherlich auch

(Peter Lehnert)

im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel. Eine Trendwende nach oben ist nach Ansicht des Innenministers zurzeit aus diesen Zahlen nicht herzuleiten.

Besorgniserregend sind in diesem Zusammenhang allerdings Äußerungen des Landessprechers der Linken, der sich im Dezember letzten Jahres nicht in der Lage sah, sich eindeutig von gewaltbereiten **Linksradikalen** in unserem Land zu distanzieren. Dies verdeutlicht auf erschreckende Weise die Grundeinstellung bedeutender Teile der Linkspartei. Diese Einschätzung wird auch durch den jüngsten Verfassungsschutzbericht des Bundes untermauert. Damit wird unsere Einschätzung bestätigt, dass die Linke kein politischer Partner für demokratische Parteien sein kann, die es mit der Bekämpfung von Extremismus in jeder Form ernst meinen.

(Beifall bei der CDU)

Die Gefahren, die vom internationalen Terrorismus und seinem ideologischen Umfeld ausgehen, beeinflussen auch unsere Sicherheitslage. Deutschland ist Teil des europäischen Gefahrenraumes, und verschiedene Strafverfahren haben gezeigt, dass sich auch in Deutschland Terrorstrukturen herausgebildet haben. Dass **islamistische Terroristen** auch weiterhin willens und in der Lage sind, in Europa Großanschläge zu verüben, belegen die Festnahmen von Terrorverdächtigen in verschiedenen europäischen Staaten. Die gescheiterten Kofferbomben-Anschläge in Nordrhein-Westfalen, bei denen Kiel als Studienort eines der mutmaßlichen Täter besonders ins Blickfeld rückte, sowie die Warnungen der Sicherheitsbehörden hinsichtlich der bestehenden Anschlagrisiken bestätigen das Gefährdungspotenzial auf drastische Weise.

Obwohl Schleswig-Holstein darüber hinaus bisher nicht berührt war, so hat sich aber die Einschätzung erhärtet, dass es zumindest Personen mit Kontakten in das militante islamistische Spektrum auch hierzulande gibt. Das zeigte sich an zwei Strafprozessen gegen Personen aus Schleswig-Holstein, denen eine Beteiligung am internationalen Dschihad vorgeworfen wurde.

Islamisten aller Couleur sind sich auch einig im Antisemitismus, in ihrem Hass auf Juden und den Staat Israel. Die in diesem Kontext geäußerte Meinung, der Holocaust sei nur ein Mythos, entspricht übrigens dem gängigen Agitationsmuster des internationalen Rechtsextremismus, womit wir feststellen können, dass es hier sogar zu einer Interessenüberschneidung von Islamisten und Rechtsextremisten kommt.

Nur die konsequente Beobachtung, Überwachung und die Erhöhung des Drucks auf diese Gruppierungen kann Extremisten in Schach halten. Dabei ist es wichtig, Rahmenbedingungen sicherzustellen, unter denen der **Verfassungsschutz** und unsere Ermittlungsbehörden erfolgreich arbeiten können. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass sich verfassungsfeindliche Kräfte - egal welcher Couleur - hierzulande Freiräume für gesetzwidriges Handeln schaffen.

Abschließend möchte ich mich beim Verfassungsschutz für die geleistete Arbeit und den umfangreichen Bericht bedanken.

(Beifall bei CDU und SPD)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Thomas Rother das Wort.

**Thomas Rother [SPD]:**

Herr Präsident! Lieben Kolleginnen und Kollegen! In diesem Jahr begehen wir verschiedene unrühmliche 75. Jahrestage unserer Geschichte. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 denken wir an die verschiedenen Schritte der Nazis, nach und nach die Demokratie in Deutschland auszuschalten mit Ermächtigungsgesetz, Verbot von Parteien und Gewerkschaften, Einrichtung von Konzentrationslagern, Bücherverbrennung, Judenpogromen und so weiter. Begleitet wurde das Ganze von einer unglaublich verlogenen Propagandamaschine, deren Höhepunkt Hitlers sogenannte Friedensrede war. Die Lüge wurde zur Führungsmethode.

Das sind Vorgänge, die lange zurückliegen mögen, aber immer noch auf unsere Gegenwart nachwirken. Faschistische Tendenzen werden aus unserer Geschichte heraus daher auch immer bei uns anders wirken als in anderen Ländern. Die Geschichte bleibt für uns als Sozialdemokraten eine Verpflichtung, uns auch den neuen Nazis entgegenzustellen und dort Position zu beziehen, wo alltägliche Gewalt und alltäglicher Rassismus zutage treten.

(Beifall)

Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, uns zu Demokratie und Freiheit nicht nur zu bekennen, sondern sie auch aktiv zu verteidigen und ihre Feinde konsequent zu bekämpfen. Dazu gehört für uns auch, die NPD zu verbieten, um dem organisierten **Rechtsextremismus** das Leben schwerer zu machen. Im Gegensatz zu anderen bleiben wir bei der

(Thomas Rother)

Überzeugung, dass ein **NPD-Verbot** finanziell, organisatorisch, publizistisch und auch persönlich gegen manchen Kader eine nachhaltige Schwächung der gesamten Szene hervorrufen würde. Es hätte uns auch einen NPD-Ratsherrn in Kiel und einen NPD-Kreistagsabgeordneten im Kreis Herzogtum Lauenburg und den ganzen Ärger, der sich daraus ergeben wird, ersparen können.

Wenn man sich das Personal des neuen NPD-Bundesvorstandes anschaut, kann man getrost von einer kriminellen Vereinigung sprechen. Genauso hätten wir der Öffentlichkeit und vor allem manchem Polizisten das unwürdige Schauspiel der Aufmärsche von Rechtsradikalen ersparen können, beispielsweise die entsetzlichen Krawalle am 1. Mai in Hamburg.

Das entbindet uns natürlich nicht von der Aufgabe, die politische Auseinandersetzung über die Themen, die Rechtsextremisten besetzen möchten, zu führen. Aber nur mit einem Bündel von Positionen und Maßnahmen können wir die stetige Zahl von Menschen, die für rechtsextremistisches Gedankengut empfänglich sind, verringern. Dazu zählen die Maßnahmen des Bundes und der Gemeinden, aber auch viele von Landesseite entwickelte Ansätze, über die wir ja schon im vergangenen Jahr mit dem Bericht zur Bekämpfung von politischem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit diskutiert haben. Auch wenn man über die Wirkung aller dieser Programme und Aktionen streiten mag: Immerhin scheint es den Rechtsextremisten nicht zu gelingen, dieses Potenzial in der Bevölkerung auszuschöpfen, geschweige denn zu mobilisieren. Und das ist ein Erfolg.

Dennoch wächst die Subkultur: Musik, Dresscodes und Accessoires finden gerade über das Internet ihre Abnehmer und versorgen so einige Kameraden mit einem gesicherten Einkommen und - das ist weitaus schlimmer - schleichen sich in unsere Alltagskultur ein.

Bedenklich bleibt das hohe Gewaltpotenzial in der rechtsradikalen Szene. Insbesondere Körperverletzungen hinterlassen Schäden, die nur schwer oder auch nie verheilen.

Das gilt genauso für die gewaltbereite linksextremistische Szene, die mit ihren Guerilla- und Bürgerkriegsspielereien insbesondere vor dem Hintergrund des G8-Gipfels vom normalen politischen Geschehen auszugrenzen ist und kein Bündnispartner für eine demokratische Organisation sein darf. Wer sich darauf einlässt, stellt sich selbst mit ins Abseits. Sie glauben gar nicht, wie sich der Charak-

ter einer Demonstration gegen Neonazis, beispielsweise vor Kurzem in Lübeck, verändern kann, wenn Anmelder nicht irgendwelche autonomen Gruppen sind, sondern der Kirchenkreis ist. Das ist ein Fortschritt in der politischen Kultur.

Zu unserem Thema gehört aber auch, dass wir angesichts katastrophal niedriger Wahlbeteiligungen „näher bei den Menschen“ sind - wie mein Parteivorsitzender Kurt Beck es benannt hat und auch praktiziert -, aber anscheinend sind wir es angesichts der Wahlergebnisse doch nicht nah genug. Denn dort, wo die Ängste zu und die Sicherheiten wie die Wahlbeteiligungen abnehmen, werden höhere Werte nicht nur für unabhängige Wählervereinigungen, sondern auch für politisch extreme Einstellungen möglich. Daher bleibt auch der Kampf nicht nur gegen den Rechtsextremismus, sondern auch der für Demokratie und für die Glaubwürdigkeit in der Politik eine Daueraufgabe.

Daher können wir den Verfassungsschutzbereich für 2007 auch zur Kenntnis nehmen. Auf uns warten noch viel schwierigere Aufgaben.

(Beifall bei SPD und CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Letzten Sonntag waren Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Ein wirklich gutes Ergebnis dieser Kommunalwahl ist unter anderem, dass die **NPD** trotz geringer Wahlbeteiligungen und trotz des Wegfalls der Fünfprozentklausel ein Wahlfiasco erlebt hat. Es sind zwei einzelne Mandate für die NPD herausgekommen. Das macht deutlich, dass die NPD bei den Wählerinnen und Wählern als Protestpartei oder gar als politische Alternative nicht einmal ansatzweise als geeignetes politisches Angebot erschienen ist. Deshalb kann ich den Kollegen Rother überhaupt nicht verstehen, dass er unter Bezugnahme auf dieses Wahlergebnis das NPD-Verbot hier aufwärmt.

Wenn man mit zwei Einzelmandaten in zwei Kommunalparlamenten in Schleswig-Holstein als demokratische Kräfte nicht fertig wird, kann man gleich die weiße Fahne hissen. Der Begründungszusammenhang, in den Sie das für das NPD-Verbot gebracht haben, ist aus meiner Sicht überhaupt nicht nachvollziehbar. Auch der Verfassungsschutzbe-

**(Dr. Ekkehard Klug)**

richt des Innenministers ist in seinen inhaltlichen Aussagen nicht geeignet, durch erhebliche neue Erkenntnisse die Rechtfertigung für eine Verbotsforderung zu liefern.

Seit zwei Jahren stellen wir bei den Rechtsextremen in Schleswig-Holstein keine Steigerung der Mitgliederzahl fest. Die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremistischer Motivation ist um 14 % zurückgegangen. Auch die Anzahl der registrierten Gewalttaten ist rückläufig. Das sind gute Nachrichten.

Allerdings bleibt ein Wehrmutstropfen. Das ist nämlich die Feststellung, dass der Anteil der als aktionistisch zu bezeichnenden **Rechtsextremisten** angestiegen ist. Ein Beispiel dafür liefern die Vorfälle um die Demonstrationen am 1. Mai 2008 in Hamburg. Es gibt zum ersten Mal einen sogenannten Schwarzen Block auch bei den Rechtsextremisten, der im Gegensatz zu früheren Demonstrationen der NPD auch aus der Demonstration heraus Angriffe auf Gegendemonstranten oder Polizeibeamte durchführt. Auf diese Entwicklung müssen Verfassungsschutz und Polizei künftig verstärkt ihr Augenmerk richten.

Beispiele aus anderen Ländern wie Brandenburg zeigen allerdings, dass eine gute Polizeipräsenz gerade in ländlichen Bereichen zu einer Eindämmung der Aktivitäten der Rechtsradikalen geführt hat. Dies sage ich insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Innenministerium noch die Überprüfung kleinerer Polizeistationen im Rahmen der Strategie 2012 stattfindet.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Im Bereich der sogenannten **Linksextremisten** gilt zunächst Ähnliches wie für die Rechten. Ihre Mitgliederzahl ist seit Jahren konstant geblieben. Allerdings schwankt bei ihnen die Anzahl der begangenen Straftaten erheblich. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Straftaten 2007 erheblich angestiegen, nämlich von 116 auf 236. Allerdings liegt sie unter dem Wert aus 2005, der bei 274 Straftaten lag.

Das lässt sich wahrscheinlich mit aktuellen Anlässen erklären wie etwa dem G-8-Gipfel im Jahr 2007 und zuvor der Landtagswahl im Jahr 2005 und der Tatsache, dass ein wohl nicht unerheblicher Teil der Straftaten im Bereich von Schmierereien, Parolen und sonstigen Sachbeschädigungen lag. Bei den Gewalttaten ist im Gegensatz hierzu im Berichtszeitraum ein Rückgang im Spektrum der linksextremistisch motivierten Gewalttaten festzustellen, ob-

wohl es im Berichtszeitraum laut Aussage des Verfassungsschutzberichtes einen Zuwachs bei der Anzahl der gewaltbereiten Autonomen gegeben hat. Hierzu wird uns der Herr Innenminister in der Ausschussberatung sicherlich noch einiges erläuternd berichten können.

Der letzte Bereich des Berichts handelt von rechtsextremistischen Bestrebungen von Ausländern in Schleswig-Holstein. Entgegen der in Polizeirechtsdebatten hier immer wieder zitierten Gefahr durch den **internationalen Terrorismus** stellt der Bericht ganz nüchtern fest, dass in Schleswig-Holstein keine terroristischen Strukturen erkennbar seien. Genau auf der Grundlage dieser Tatsachen müssen wir auch die Debatte über den Gesetzentwurf der Landesregierung für eine Erweiterung der Kompetenzen des Verfassungsschutzes führen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Klug hat recht!)

Es ist schwer vermittelbar, dass die Lage in Schleswig-Holstein seit Jahren nach den Berichten der Landesregierung eigentlich keinen Anlass für irgendeine Unruhe liefert, aber in diesem Gesetzentwurf trotzdem weitere Überwachungsmöglichkeiten für den **Verfassungsschutz** geschaffen werden. Ich sage ausdrücklich: Wir werden die verschiedenen Vorschläge, die die Landesregierung unterbreitet, im Einzelfall prüfen und uns jeweils im Einzelfall für die einzelnen Bereiche ein Urteil bilden.

Ich will an dieser Stelle aber schon eines feststellen. Nach dem Gesetzentwurf der Landesregierung soll der Verfassungsschutz künftig beispielsweise die Möglichkeit zur Handyortung und Möglichkeiten der Datenerhebung bei Banken und Telekommunikationsdiensten erhalten. Hier ist unsere Skepsis zu vermerken.

Wir werden die verschiedenen Teile des facettenreichen Berichts des Herrn Innenministers in der Sitzung des Innenausschusses eingehender beraten können.

(Vereinzelter Beifall bei CDU, SPD und SSW)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erlaube ich dem Herrn Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich bedanke mich bei dem Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein für seine Arbeit. Ich glaube, dass der **Verfassungsschutz** in Schleswig-Holstein durchaus versucht, angemessen zu arbeiten und nicht zu überziehen, das zu tun, was notwendig ist, und zu beobachten, wo im extremistischen Bereich Probleme sind. Das ist sehr besorgtes und kluges Verhalten. Deswegen möchte ich mich für diese Arbeit ausdrücklich bei Herrn Eger bedanken. Ich glaube, wir können da ganz beruhigt sein.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte kurz etwas zum Bereich des **Linksextremismus** und zu der Zunahme der Gewalttaten sagen. Ich halte es in der Tat für beunruhigend - ich war selber in Rostock -, in welcher Weise im Rahmen des Schwarzen Blocks vorgegangen worden und versucht worden ist, aus einer friedfertigen Demonstration heraus gewalttätige Übergriffe zu verüben.

Ich möchte dazu Folgendes sagen. Das habe ich bereits bei der damaligen Diskussion hier im Landtag angesprochen. Wir sollten uns sehr davor hüten, die vielen Tausend Jugendlichen, die sich im Rahmen der G8-Arbeit engagiert haben und die sich für internationale Veränderungen sowohl in Fragen der Friedensprozesse als auch in Bezug auf die Wirtschaftsordnung eingesetzt haben, zu kriminalisieren und in die linksextreme Ecke zu stecken. Wenn wir das tun, treiben wir diese Jugendlichen gerade solchen Organisationen in die Hände.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Holger Astrup [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Zur **NPD**. In der NPD haben wir eine völlig neue Tendenz. Das ist schon mehrfach gesagt worden. Es ist nicht so, dass der rechte Rand stärker wird. Das ist eindeutig. Das zeigt sich sowohl an den Zahlen als auch an dem Auftreten. Es ist aber so, dass sich die Kameradschaften wesentlich enger an die NPD angebunden haben, dass wir eine starke Durchmischung haben. Das drückte sich auch bei den Kandidaturen aus. Es gab einen erheblichen Teil der Kandidaten, die nicht NPD-Mitglied sind, sondern aus den Kameradschaften kommen. Verbunden damit gab es auch eine erhebliche Zunahme von gewalttätigen Aktivisten. Im Bericht ist die Rede davon, dass drei Viertel der Aktivisten als gewalttätig

einzustufen sind. Das ist eine dramatische Veränderung.

Das hat auch damit zu tun, dass der Einfluss der Kameradschaften und der neonationalen Szene auf die NPD zugenommen hat. Man könnte es auch so ausdrücken: Ich habe den Eindruck, dass die neonationale Szene die NPD in Schleswig-Holstein mittlerweile weitgehend übernommen hat, also nicht mehr die Zahl der alten Herren überwiegt, die noch Gedanken an die Nazizeit haben, sondern die neonationale Szene überwiegt.

Das hat sich auch im Wahlkampf sehr deutlich ausgedrückt. Es gab keine Plakate mehr. Es gab keine Stände, es gab überhaupt keinen normalen Versuch, in irgendeiner demokratischen Art und Weise um Stimmen zu werben, sondern es gab subversive Aktionen, und es gab Gewalttätigkeiten. In Kiel gab es richtig heftige, gewalttätige Auseinandersetzungen bis hin dazu, dass Fensterscheiben von linken Buchläden eingeschlagen, Büros überfallen oder auch Einzelpersonen malträtiert worden sind. Das ist eine neue Qualität. Es ist richtig, dass wir uns damit auseinandersetzen und unsere Strategien darauf abstimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich glaube, dass wir zweigleisig fahren müssen. Das eine ist, dass selbstverständlich Polizei und Justiz, wenn Kriminalität vorliegt, dagegen vorgehen müssen. Das andere ist: Wenn **Rechtsradikale** vor Ort vor Schulen auftauchen, in Jugendzentren und an anderen Treffpunkten CDs verteilen und ähnliche Aktionen durchführen, die vom dumpfen Rassismus geprägt sind, reicht es nicht aus, dagegen mit der Polizei vorzugehen, sondern da ist die Zivilgesellschaft gefragt. Wir haben gute Erfahrungen mit den kriminalpräventiven Räten. Das ist eine ganz wichtige Einrichtung - ich habe das selber erlebt -, in der Kirchen, Vereine, Schüler, Lehrer, Eltern, Polizei und Gemeindevertreter gemeinsam beraten, wie man vorgehen, sich auch gezielt verabreden und dort hingehen kann, wo Neonazis tätig sind, zum Beispiel vor Schulen oder in Jugendzentren. Sie sprechen Jugendliche, bei denen man merkt, dass sie Sympathien äußern, direkt darauf an. Das führt häufig dazu, dass sich die Jugendlichen sehr rasch von den Rechtsradikalen zurückziehen und diese isolieren. Das sind wirksame Methoden. Ich habe das selber erlebt. Ich weiß auch von anderen Orten, dass das da erfolgreich gewesen ist.

**(Karl-Martin Hentschel)**

Ich glaube, das **zivilgesellschaftliche Engagement** ist ganz wichtig. Man kann nicht immer nur nach Polizei und Justiz rufen, sondern die Bürgerinnen und Bürger selber sind gefragt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Ich finde es auch wichtig, dass die Demokraten öffentlich auftreten. Dazu gehören auch Demonstrationen. Im Vorfeld der Kommunalwahlen haben wir Demonstrationen in Kiel gehabt. Ich glaube, es ist gut, wenn solche Demonstrationen stattfinden und sich Menschen engagieren. Ich bitte noch einmal die anderen demokratischen Parteien hier im Landtag, sich zu überlegen, ob sie es nicht schaffen können, auch bei solchen Demonstrationen mitzumachen. An der Demonstration in Kiel haben 1.500 Menschen, überwiegend Jugendliche und Gewerkschaftler, teilgenommen. Es war eine sehr friedliche Demonstration. Es wäre sicher gut gewesen, wenn sich alle daran beteiligt hätten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sonst überlässt man diese Demonstrationen tatsächlich der linken Szene. Ich finde, das ist der Sache nicht angemessen. Ich habe viele Bürger erlebt, die sicher auch zum Spektrum der anderen Parteien gehören, nicht nur zu den Grünen, die es gern gesehen hätten, dass auch Leute von anderen Parteien dabei gewesen wären, und bei denen sie sich hätten eingliedern können, weil sie keine Lust hatten, sich bei den linken Gruppen einzugliedern. Von daher noch einmal mein Appell: Ich glaube, es gehört auch zum bürgerschaftlichen Engagement, dass sich die Demokratie öffentlich äußert.

**Präsident Martin Kayenburg:**

Herr Kollege Hentschel, ich bitte, auf die Redezeit zu achten.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Es gehört auch dazu, dass man den Jugendlichen, die danach rufen - gerade auch an den Schulen -, etwas zum Ausdruck bringen zu können, auch Angebote macht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Für die Gruppe des SSW hat deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht macht einmal mehr deutlich, dass rechtsextremes Denken längst keine bloße Angelegenheit pöbelnder Skinheads mehr ist, es hat sich vielmehr am rechten Rand des politischen Spektrums festgesetzt. Die **NPD** hat sich bundesweit zur mitgliederstärksten rechtsextremistischen Organisation entwickelt. Es ist daher auch nicht wirklich beruhigend, dass es der NPD nicht gelungen ist, sich in Schleswig-Holstein nennenswert zu verbreiten.

Im Vorfeld der Kommunalwahl konnten wir wieder einmal erleben, womit wir es bei der NPD und ihren Schergen zu tun haben. Bei der Anreise zu einem NPD-Aufmarsch in Hamburg haben Neonazis einen Regionalzug besetzt und ausländerfeindliche und menschenverachtende Hetzparolen skandiert.

Die Ereignisse um den 1. Mai hatten eine neue Qualität. Sie machen deutlich, dass wir es nicht mit alten Gruppierungen zu tun haben, sondern - wie der Kollege Hentschel vorhin sagte - mit neuen Gruppierungen, mit diesen Kameradschaften, und dass wir uns diesen neuen Gegebenheiten stellen müssen. Das Konzept der NPD ging auf, denn man erregte öffentliche Aufmerksamkeit und kam damit in die Presse.

Fünf Tage nach der Kommunal- und Kreistagswahl in Schleswig-Holstein müssen wir feststellen, dass die NPD in zwei Kommunalparlamente eingezogen ist. Angetreten waren sie mit 102 Kandidaten in drei Landkreisen und in der Landeshauptstadt Kiel. Es reichte für ein Mandat im Lauenburger Kreistag und für einen Sitz in der Kieler Ratsversammlung. Dieses Ergebnis ist schlimm genug und darf uns nicht in Ruhe lassen. Trotzdem ist es richtig, auch hier nicht die Proportionen aus dem Auge zu verlieren.

Angesichts der Tatsache, dass die Wahlbeteiligung einen neuen Tiefststand erreicht hat, ist es zwar beruhigend, dass der Wähler in den anderen beiden Kreisen nicht auf die - so nenne ich es einmal - Rattenfänger von der NPD hereingefallen ist, es bedeutet aber auch, dass wir weiterhin die demokratische und politische Auseinandersetzung mit den Nazis aufnehmen müssen. Insbesondere dort, wo sie in die Kommunalparlamente einziehen konnten, ist es Aufgabe aller demokratischen Parteien, die NPD mit demokratischen Mitteln zu bekämpfen und sie dadurch auch zu entlarven. Wir müssen es auf unsere Agenda setzen, dem extremistischen Gedanken gut die Stirn zu bieten, um ihm somit keine Hoheitsrechte über den Stammtischen zu geben.

(Anke Spoorendonk)

Wie man damit umgehen kann, hat dieses Haus schon einmal bewiesen, als die Rechtsextremisten von 1992 bis 1996 im Landtag vertreten waren. Damals - Sie wissen das alle - haben sich die Demokraten geschlossen gegen die rechtspopulistische Propaganda gewehrt, indem jeweils nur ein Sprecher der anderen Parteien inhaltlich auf die abstrusen Initiativen der DVU, der DLVH und der übrigen Einzeltäter reagiert hat. Ich nenne dieses Beispiel noch einmal, weil das auch für die Kommunalparlamente ein Beispiel sein könnte und weil ich denke, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag damit eine Vorbildfunktion übernommen hat.

Ein NPD-Verbot ist aus Sicht des SSW nicht das geeignete Mittel, um **Rechtsextremismus** nachhaltig zu bekämpfen. Man verbietet die Partei, aber man verbietet nicht, was in den Köpfen der Nazis und ihrer Mitläufer vor sich geht. Aus unserer Sicht wird damit das Problem verlagert, aber nicht gelöst. Die demokratischen Kräfte müssen sich viel stärker mit den Themen befassen und sich inhaltlich damit auseinandersetzen, womit die Rechtsradikalen auf Stimmenfang gehen. Nur so können wir sie als das entlarven, was sie sind, nämlich finstere Gestalten, die die Sorgen der Menschen für ihre Zwecke instrumentalisieren. Die Herausforderung aller demokratischen Parteien ist daher, ihnen diesen Nährboden zu entziehen.

Es bleibt weiterhin Aufgabe aller demokratischen Parteien, sich mit jeglichem extremistischen Gedankengut auseinanderzusetzen. Hierzu gehören natürlich auch der im Bericht genannte Linksextremismus und die extremistischen Bestrebungen von Ausländern. Ich werde jetzt nicht weiter auf Heiligendamm eingehen. Ich begrüße ausdrücklich das, was der Kollege Hentschel dazu gesagt hat. Ich finde, dass das ein richtiger Ansatz ist.

Zu den extremistischen Bestrebungen von Ausländern gibt der Bericht zwei Kategorien vor, den islamistischen und den nicht islamistisch motivierten **Ausländerextremismus**. Festzustellen bleibt, dass in Schleswig-Holstein keine islamistisch-terroristischen Strukturen erkennbar sind. Angesichts der Erfahrungen die wir bisher mit islamistischen Terroristen gemacht haben, wissen wir, dass diese sich extrem unauffällig verhalten. Er macht aber auch deutlich, dass die verschärften Polizeigesetze bisher keinen Erfolg verzeichnet haben und es eigentlich weiterhin auf echte, gute Polizeiarbeit ankommt. Insgesamt denke ich, ist es richtig, auch noch einmal die Aufforderung zu wiederholen, die vorhin vom Kollegen Hentschel kam, dass die **Zivilgesellschaft** gefragt ist.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir leben in einem Rechtsstaat, in einer Demokratie. Im Grunde genommen ist nicht viel Zivilcourage gefragt, um dagegen anzugehen. Das ist in anderen Teilen der Welt ganz anders. Ich denke, dass darf man nie vergessen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und CDU)

**Präsident Martin Kayenburg:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, Drucksache 16/1997 dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache auf. Dazu ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen.

**Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**

**Drucksache 16/2084**

Ich lasse über die Tagesordnungspunkte, bei denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist, jetzt insgesamt abstimmen, es sei denn, es ergäbe sich Widerspruch. - Das sehe ich nicht.

Dann stelle ich hiermit die Sammeldrucksache 16/2084 zur Abstimmung. Wer der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache zustimmen will und damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit hat der Landtag diese Empfehlung einstimmig angenommen.

Wir haben damit das Ende der heutigen Tagung erreicht. Die nächste Tagung wird am 18. Juni dieses Jahres um 10 Uhr beginnen. Ich wünsche ein angenehmes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 12:41 Uhr**